Genosse Günter unser Schwur-proletarische Diktatur!

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 24 vom 14. Juni 1975 | 9. Jahrgang | 50 Pfennig



18. Juni: 1. Todestag von Genossen Günter

Steuererhöhung: Milliarden für die Monopole und die Unterdrückung des Volkes

Wir sollen dafür zahlen

Zurückgekehrt von seiner Japanreise, für die rund 100 000 DM Steuergelder verpulvert wurden, hat Bundesfinanzminister Apel Steuererhöhungen angekündigt. Über 5 Milliarden DM sollen uns allein durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zusätzlich aus der Tasche gezogen werden. Begründet wird das erneute Anziehen der Steuerschraube mit der fortschreitenden Verschuldung des kapitalistischen Staates. Für 1975 rechnet Apel mit einem Defizit von 30 Milliarden im Bonner Staatshaushalt. Diese 30 Milliarden wurden den Kapitalisten in Form von Subventionen, Investitionshilfen usw. zugeschanzt. Die Werktätigen aber, deren Lebenslage sich ohnehin durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Preissteigerungen und Lohnraubabschlüsse ungeheuer verschlechtert hat und weiter verschlechtert, sollen jetzt noch mehr durch den Kapitalistenstaat ausgeplündert werden.

Bezüglich des Zeitpunktes der geplanten Steuererhöhung erklärte Apel: „Sobald die Konjunktur wieder nach oben geht. (. . .) Das ist der Zeitpunkt, den Bürgern klarzumachen, daß dann die Konsequenzen der überwundenen Rezession zu tragen sind." Abgesehen davon, daß von einem wirklichen „Überwinden der Rezession" im Kapitalismus nicht die Rede sein kann, weil selbst die Atempause nach einer Wirtschaftskrise in Wirklichkeit nur die Vorbereitungszeit für eine noch größere Krise ist. Abgesehen davon, daß die Arbeiterklasse selbst von dieser „Atempause" gegenwärtig noch nichts spürt, kann man diese Apel-Sprüche nur als ungeheure Frechheit und als bodenlos zynisch bezeichnen. Wer trägt denn hier, wie Apel es formuliert, die „Lasten der Rezession", wenn nicht die über 1 Million arbeitsloser Kollegen, wenn nicht die Kurzarbeiter, wenn nicht die Millionen proletarischer Familien, die es durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Inflation immer schwerer haben, überhaupt noch über die Runden zu kommen?

Aber Apels Ankündigung der verschärften staatlichen Ausplünderung der werktätigen Massen schafft immerhin weitere Klarheit über die Lügen, mit denen die Kapitalisten und ihre Bonner Regierung versucht haben, die Arbeiterklasse über ihre tatsächliche Lage zu täuschen. Zunächst wurde die Arbeiterklasse aufgefordert, den Gürtel enger zu schnallen, um die Krise zu verhindern. In der Krise heißt es dann, Opfer bringen, um aus der Talsohle zu kommen. Und für die Zeit nach der Rezession kündigt Apel an, daß dann die „Konsequenzen der überwundenen Rezession zu tragen" sind. Diese Ankündigung Apels macht so deutlich, wie falsch Illusionen sind, die verstärkten Angriffe der Kapitalisten auf die Lebenslage der Werktätigen seien nur eine vorübergehende Erscheinung in der Krise, mit der Konjunktur würde sich auch die Lage der Arbeiter wieder bessern. Vor allem der DGB-Apparat versucht mit der Verbreitung solcher Illusionen die Arbeiterklasse vom Kampf gegen die Krisenangriffe der Kapitalisten abzuhalten. **Die angekündigten Steuererhöhungen aber zeigen, daß die Kapitalisten bei aufsteigender Konjunktur genau wie in der Krise die** verschärfte Ausplünderung der Werktätigen betreiben, um ihre Profite zu steigern.



Die Quittung werden sie bekommen.

Die bürgerliche Presse jammert über angebliche Reformen, die nun aufgrund des Defizits im Staatshaushalt nicht realisiert werden könnten. Sicher, für den Bau von Schulen, Krankenhäusern, Kindergärten und Spielplätzen, für die Verbesserung des Nahverkehrsnetzes, für Maßnahmen gegen die Umweltverschmutzung usw. ist nach allgemeiner Regierungsauskunft kein Geld da. In all diesen Bereichen verschlechtert sich die Situation vielmehr ständig. Aber solche Reformen, die tatsächlich im Interesse der werktätigen Bevölkerung wären, standen nie ernsthaft auf dem Finanzierungsplan des Bonner Staatshaushaltes. Sie dienen nur als ewige Wahlversprechen, die dann schrittweise in der Versenkung verschwinden. **Karl Marx schrieb, der Haushalt eines kapitalistischen Staates sei „nichts anderes als ein Klassenbudget für die Bourgeoisie . . ."** Wie der kapitalistische Staat ein Instrument der Kapitalistenklasse zur Niederhaltung der Arbeiterklasse ist, dient auch sein Haushalt nicht irgendwelchen Bedürfnissen des Volkes, sondern aus ihm wird finanziert, was im Interesse der Kapitalistenklasse notwendig ist.

Fortsetzung auf Seite 2.

Delegation des ZK der KPD/ML aus der VR China zurück

Von einem dreiwöchigen Besuch in der VR China ist die Delegation des ZK der KPD/ML unter der Führung des Genossen Ernst Aust zurückgekehrt. Die Delegation führte dort herzliche Gespräche mit den chinesischen Genossen und besuchte verschiedene Städte und Orte in China. Höhepunkt der gemeinsamen Gespräche war der Empfang der Delegation durch das Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei Chinas, Genossen Yao Wen-yüan.



Am 1. Juni empfing das Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei Chinas, Yao Wen-yüan, die Delegation des ZK der KPD/ML unter der Leitung des Vorsitzenden der KPD/ML, Genossen Ernst Aust.

Die Delegation, die am 12. Mai in Peking eingetroffen war, wurde von Chang Hsiang-shan, dem stellvertretenden Vorsitzenden der Abteilung für internationale Beziehungen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas empfangen, der zu Ehren der Delegation ein Bankett gab. An dem Bankett nahmen auch Lin Ken Ming und Gu Li Hong, die verantwortlichen Genossen von den zuständigen Stellen teil.

In der ersten Woche ihres Besuches führte die Delegation des ZK der KPD/ML viele Gespräche mit den chinesischen Genossen über wichtige politische Fragen, wie die gegenwärtige Lage im Kampf gegen die beiden imperialistischen Super-

Fortsetzung auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Delegation des ZK der KPD/ML aus der VR China zurück

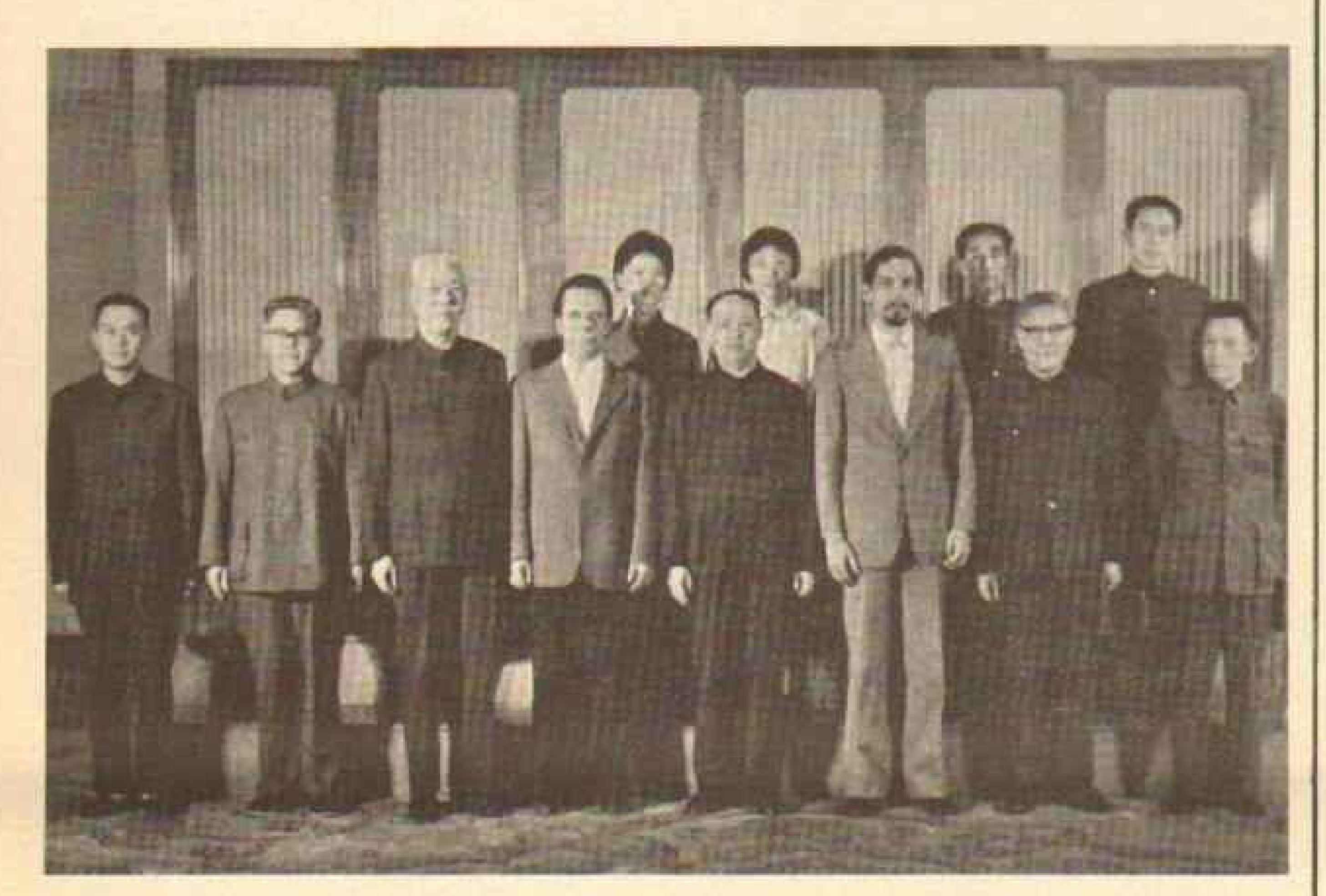
Fortsetzung von Seite 1

mächte, den US-Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus, über die politische Lage in Europa und in Westdeutschland, sowie über den Kampf des deutschen Volkes für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.

Im Anschluß an diese Unterredungen, die in freundschaftlicher und herzlicher Atmosphäre stattfanden, reiste die Delegation in den Huei-Kreis, nach Tschang Scha, nach Schao Schan, Schanghai und Tien Tsing, wo sie verschiedene historische Stätten, aber auch Fabriken und Volkskommunen besuchte und den Aufbau des Sozialismus in der VR China in Landwirtschaft und Industrie studierte, wobei sich die Genossen über die Entwicklung der Kampagne gegen Lin Biao und Konfuzius sowie über die Kampagne auf der Grundlage der Weisung Mao Tsetungs „Studiert die Theorie der Diktatur des Proletariats" informierten.

Höhepunkt der Gespräche mit den chinesischen Genossen war der Empfang der Delegation der KPD/ML durch Yao Wen-yüan, Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei Chinas, der am 1. Juni stattfand. Sie führten ein freundliches und herzliches Gespräch. An dem Gespräch haben der Leiter der Abteilung für internationale Verbindungen beim ZK der Kommunistischen Partei Chinas, Ken Piao, der stellvertretende Abteilungsleiter Chang Hsiang-shan und die verantwortlichen Genossen von den zuständigen Stellen Lin Ken Ming, Gu Li Hong und Mao Bao-tsung teilgenommen. Nach dem Treffen lud Genosse Yao Wen-yüan die Delegation des ZK der KPD/ML zu einem Bankett ein.

Von ihrem erfolgreichen Besuch in der VR China kehrte die Delegation am 4. Juni zurück.



Im Anschluß an den Empfang versammelten sich die Beteiligten zu einem Gruppenbild: In der Mitte der Genosse Yao Wen-yüan, Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei Chinas, neben ihm die Genossen Ernst Aust und Gernot Schubert, rechts die Genossen der Abteilung für internationale Verbindungen beim ZK der KP Chinas, Ken Piao und Chang Hsiang-shan, rechts die drei verantwortlichen Genossen von zuständigen Stellen, Lin Ken Ming, Gu Li Hong und Mao Bao-tsung.

Steuererhöhung: Milliarden für die Monopole und die Unterdrückung des Volkes

Wir sollen dafür zahlen

Fortsetzung von Seite 1

Nehmen wir beispielsweise das sogenannte Konjunkturprogramm. Über 10 Milliarden DM wurden allein hier ausgegeben. Subventioniert wurden Investitionen der Kapitalisten, deren Ziel keineswegs die „Sicherung von Arbeitsplätzen", sondern die verschärfte Ausbeutung der Arbeiter und die Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen war. Doch der Staat schanzt den Monopolen nicht nur Milliarden zu, er ist vor allem der Unterdrückungsapparat der Bourgeoisie. Zig Millionen wurden für die weitere Aufrüstung von Polizei und Bundesgrenzschutz als Bürgerkriegstruppen der Kapitalistenklasse ausgegeben, Millionen für den Ausbau des Bundeskriminalamtes zum zentralen Oberkommando gegen die revolutionäre Bewegung. Unter dem Schlagwort und dem Vorwand des „Kampfes gegen den Terrorismus" wurde und wird mit Steuermilliarden das sogenannte „Programm zur inneren Sicherheit" finanziert. Diese Aufrüstung des staatlichen Gewaltapparates richtet sich nicht gegen eine Handvoll Mitglieder und Sympathisanten der RAF oder ähnlicher Gruppen. Sie richten sich gegen die Arbeiterklasse und ihre kommunistische Partei. Aus dem Staatshaushalt, mit unseren Steuergeldern finanziert die Bourgeoisie die Faschisierung ihres Staatsapparates.

Unsere Partei hat immer klar erklärt, daß die Arbeiterklasse auch im Kampf für wirtschaftliche Forderungen nie auf den kapitalistischen Staat, seine Bonner Regierung und sein Parlament vertrauen darf, sondern daß sie immer gegen diesen Staat kämpfen muß. Vor allem die D„K"P-Revisionisten haben aber in dieser Frage ständig versucht, die Arbeiterklasse zu täuschen. Sie haben die Illusion verbreitet und verbreiten sie weiter, der kapitalistische Staat würde ein Gesetz verabschieden, mit dem die Preise gestoppt und der Ausplünderung der werktätigen Massen ein Ende gesetzt würde. Im Saarland und in Nordrhein-Westfalen haben die D„K"P-Revisionisten ihren Preisstopp-Gesetzentwurf sogar zum Wahlschlager gemacht. Die Ankündigung neuer Steuererhöhungen durch die Bonner Regierung wenige Wochen nach diesen für sie wichtigen Landtagswahlen zeigt erneut, daß der Staat gerade ein Instrument der Monopole zur Ausplünderung der Werktätigen ist, daß die Anstrengungen der D„K"P-Revisionisten, Vertrauen in den Staat der Kapitalisten zu schaffen, nur das Ziel haben, die Arbeiterklasse unvorbereitet den wirtschaftlichen und politischen Angriffen des Staatsapparates auszuliefern, sie vom revolutionären Kampf gegen den Staatsapparat abzuhalten.

7. Plenum des ZK der Partei der Arbeit Albaniens

KOMMUNIQUE

Vom 26. bis 29. Mai 1975 versammelte sich unter der Leitung des 1. Sekretärs des Zentralkomitees der PAA, Genossen Enver Hoxha, das 7. Plenum des Zentralkomitees der PAA. Es diskutierte über den Bericht des Politbüros bezüglich der Maßnahmen zur weiteren Stärkung der Wirtschaft des Landes, den das Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees, Genosse Haki Toska gegeben hatte und faßte entsprechende Beschlüsse.

Mit Abschluß der Arbeit des Plenums hielt der 1. Sekretär des Zentralkomitees der PAA, Genosse Enver Hoxha eine wichtige Rede.

7. PLENUM DES ZENTRALKOMITEES DER PARTEI DER ARBEIT ALBANIENS

Tirana, den 29. 5. 1975.

Wiedereröffnung des Suez-Kanals

Erfolg des Kampfes der arabischen Völker

Am 5. Juni wurde der Suez-Kanal, der seit 8 Jahren für die internationale Schiffahrt geschlossen war, wiedereröffnet. Nicht Kaiser und Könige noch Imperialisten fuhren an der Spitze des Schiffskonvois, wie es bei der erstmaligen Eröffnung des Suez-Kanals 1870 geschehen ist, und auch nicht Ford oder Breschnew standen auf der Kommandobrücke des ersten Schiffes, sondern Staatspräsident Sadat.

Das ist ein Ausdruck dafür, daß die Eröffnung des Suez-Kanals nur durch den erfolgreichen Kampf der arabischen Völker gegen den Imperialismus, gegen die israelischen Zionisten und ihren Drahtziehern in Washington erreicht wurde.

Zu Tausenden fanden sich die Volksmassen in Port Said und anderen Städten ein und feierten ihren Erfolg, denn sie hatten im „Oktoberkrieg" 1973 mit den anderen arabischen Völkern den Zionisten und Imperialisten entscheidende Schläge versetzt. So mußten die israelischen Zionisten sich aus der Kanalzone zurückziehen, was sie heute als ihren Beitrag zur Entspannung hinstellen. So wurde der Schein der Unbesiegbarkeit der Zionisten restlos zerstört.

Die Wiedereröffnung des Suez-Kanals ist auf keinen Fall ein Erfolg der „hohen" Diplomatie, der Verhandlungen, Konferenzen und Kissinger-Reisen, wie es die Imperialisten darstellen.

Vor der Eröffnung des Kanals trafen sich Sadat und Ford am 2. 6. in Salzburg. Ford stellte die US-Imperialisten als friedensbringende Kraft heraus. Er tat so, als würden die US-Imperialisten durch ihr Eingreifen im Nahen Osten Frieden schaffen können. Das ist reiner Zynismus. Überall wo die Imperialisten, die US-Imperialisten sowie die SU-Imperialisten eingegriffen haben, hat es Kriege oder Aggressionen und Unterdrückung gegeben. Wer hat denn die Zionisten mit Waffen und Truppen versorgt? Wer hat denn die zionistischen Aggressionen unterstützt und immer gerechtfertigt? Wer hat denn Kriegsdrohungen gegen die arabischen Staaten ausgesprochen? Das waren immer die US-Imperialisten, die sich in Salzburg als die Friedensbringer aufgespielt haben.

Dem US-Imperialismus geht es nicht um Frieden, sondern darum, seinen Einfluß im Nahen Osten zu vergrößern, genau wie den SU-Imperialisten. Dazu nutzen sie alle Möglichkeiten aus, um in die arabischen Staaten einzudringen. Die Eröffnung des Suez-Kanals, die durch den Oktoberkrieg ermöglicht wurde, zeigt, daß nur der Unabhängigkeitskampf der arabischen Völker gegen die beiden Supermächte, gegen den israelischen Zionismus Erfolge für die arabischen Völker bringen kann.

G. Forest und ihre Freunde vor Gericht

Das Franco-Regime will ihren Tod

Am 20. Juni beginnt in Madrid der Prozeß gegen Genoveva Forest und Antonio Duran und sechs weitere Antifaschisten und Patrioten. Das faschistische Franco-Regime will Genoveva Forest, Antonio Duran und fünf weitere Angeklagte ermorden – gegen sie ist die Todesstrafe beantragt – so wie es bereits unzählige Antifaschisten und Patrioten kaltblütig umgebracht hat, darunter Cipriano Martos, Luis Arteche und Salvador Puig Antich, der mit der Garotte erwürgt wurde.

Alle Anklagen gegen Genoveva Forest und ihre Freunde sind falsch. So werden sie beschuldigt, im September 1973 eine Bombe in das Cafe Rolando geworfen zu haben, bei deren Explosion 11 Menschen getötet wurden. Es ist aber längst bewiesen, daß diese Bombe von der Polizei selbst gelegt worden ist, eine faschistische Provokation war. Sie werden außerdem beschuldigt, an der Hinrichtung des Faschisten Carrero Blanco beteiligt gewesen zu sein. Es ist aber längst bewiesen, daß ihnen erst nachträglich ein Buch mit dem Titel „. . . so töteten wir Carrero Blanco" untergeschmuggelt wurde, auf dessen Besitz sich die Anklage allein stützt.

NIEDER MIT DEM FASCHISTISCHEN FRANCO-REGIME!

FREIHEIT FÜR GENOVEVA FOREST UND IHRE FREUNDE!

Kurz berichtet

FRIEDRICHSHAFEN

In Eriskirch, einem Dorf bei Friedrichshafen, haben sich am 24. Mai drei Fußballmannschaften zu einem Freundschaftsspiel getroffen: Es spielten die ROTE GARDE Singen, eine Eriskirchner Fußballmannschaft und eine Gruppe der RHD Friedrichshafen. Zuerst Freundschaft, dann Plazierung, dieses Motto des Turniers war auch auf einen Wimpel aufgestickt, den die Rotgardisten aus Singen der Gewinnermannschaft, den Eriskirchnern überreichten. Anschließend wurden an einem Lagerfeuer 40 DM für den Aufbau des befreiten Vietnam und Kambodscha gesammelt.

KARLSRUHE

Der Stützpunkt Karlsruhe führte eine Pfingstfreizeit durch, auf der die Rede des Genossen Ernst Aust zum Kampf gegen die beiden Supermächte geschult wurde. Daneben enthielt das Programm Sport, Spiel und Erholung. Die Freizeit, an der Sympathisanten von 13 bis 51 Jahre teilnahmen, schickte eine Grußbotschaft an den gefangenen Genossen Peter Bayer und sammelte 23.50 DM für die Unterstützung im Kampf gegen die bürgerliche Klassenjustiz.

Am 28. 5. fand in Karlsruhe ein Arbeiterstammtisch zum Thema „Freiheit für die 18 GRF-Genossen der Aktion von Treptow" statt. Eingeladen war auch die GRF, die mit zwei Genossen erschien. In der sich anschließenden Diskussion, in der unsere Solidarität im Kampf für die Freilassung der Genossen noch einmal bekräftigt wurde, wurde Punkt für Punkt die Propaganda der GRF-Führer widerlegt, die zu leugnen versucht, daß diese Aktion auf einer Unterschätzung des Sozialfaschismus in der DDR beruht und ein „Verheizen" der eigenen Genossen bedeutet. Unsere Sympathisanten schlossen sich im Verlauf der Diskussion noch fester um die Linie unserer Partei zusammen. Ein älterer GRF-Sympathisant, der zum zweiten Mal zum Arbeiterstammtisch der KPD/ML gekommen war, hatte sein GRF-Abzeichen zu Hause gelassen und erschien mit dem Abzeichen der Partei. Wieder ein kleiner Schritt vorwärts. Zum Schluß der Veranstaltung wurde eine Resolution an unsere Klassenbrüder in der DDR zu ihrem Kampf verabschiedet.

WESTBERLIN

Die Genossen der Zelle Siemens-Gartenfeld Westberlin schickten an die entlassenen Kollegen von Dynamit Nobel eine Solidaritätsadresse, in der es unter anderem heißt: „Im ROTEN MORGEN haben wir gelesen über Euren Kampf gegen die Entlassung von 19 Kollegen. Auch bei uns werden viele Kollegen entlassen, in den letzten Wochen waren es fast hundert, hauptsächlich türkische Kollegen. Es werden auch noch mehrere folgen. Die Solidarität der Arbeiterklasse ist eine sehr erfolgreiche Waffe, die wir haben, um gemeinsam den Kampf gegen unsere Unterdrücker und alle Verräter zu führen." Abschließend heißt es: „Wir schicken Euch 50 DM aus unserer Zellenkasse zur Unterstützung für die verhafteten Kollegen. Wir wünschen Euch revolutionären Mut, um den Kampf vor dem Klassengericht zu führen. Gemeinsam sind wir stark! Deutsche und ausländische Arbeiter – eine Klasse, eine Kampffront!

Revolutionäre Grüße von der Zelle Siemens-Gartenfeld der KPD/ML und ihren Sympathisanten.

Dieser Ausgabe des ROTEN MORGEN liegt eine Beilage bei.



HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06 – 466. Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Telefon: 0231 / 41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Gernot Schubert, Bochum. Druck: NAV GmbH, 1 Westberlin 36. Erscheinungsweise wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30,- DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich um ein Jahr, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Nach 13 Wochen Kampf

IG-Chemie ruft auf: "Geht doch stempeln!"

„Da kann man schon zum Kommunisten werden", sagte eine Frau, die sich über die Aussperrungen der gesamten Belegschaft von Seibel und Söhne empörte. Ein anderer meinte: „Clemens Seibel gehört an den Laternenmast!" Die Bevölkerung ist empört, das Fabrikgelände ist abgesperrt, kein Kollege ist dort zu sehen. Die Gewerkschaftsführung hatte, nachdem das Arbeitsgerichtsurteil, das die Kündigungen für unwirksam erklärte, vorlag, den Streik abgebrochen, und als Seibel die Arbeiter ausgesperrt hatte, den Kollegen geraten, sich arbeitslos zu melden und auf die nächste Verhandlung zu warten.

13 Wochen haben die Kollegen gekämpft, den Betrieb besetzt und gestreikt. Bei Wind und Wetter haben sie draußen wochenlang, ob jung oder alt, Streikposten gestanden, um ihre Arbeitsplätze zu verteidigen, die ihre Existenzgrundlage bedeuten. Die Bevölkerung ist zu den Streikenden gegangen, hat sie versorgt und unterstützt, ihren Kampfgeist gestärkt. Auch von anderen Betrieben hatten die Kollegen Unterstützung, weil sich die Arbeiter mit ihnen solidarisierten. Auch als zum ersten Mal der Gerichtsentscheid bekannt wurde, ließen sich die Kollegen nicht beirren, sie streikten weiter und dieses Urteil ist ein Erfolg ihres Kampfes.

Jetzt, nachdem das Urteil „rechtskräftig" geworden ist, Seibel aber alle Kollegen ausgesperrt hat, ruft die Gewerkschaftsführung die Kollegen auf, sich arbeitslos zu melden, nachdem sie vorher den Streik schon abgebrochen hatten. Dies ist ein ungeheurer Verrat. Gezielt haben sie sich diese Taktik überlegt, um die geschlossene Kampffront zu durchbrechen.

Durch die Arbeitslosenmeldung der Kollegen wird ihre Kündigung, ihre Arbeitslosigkeit praktisch besiegelt. Sie gelten jetzt als Arbeiter ohne Arbeitsplatz, und stehen jetzt dem „Arbeitsmarkt" zur Verfügung. Falls ihnen überhaupt eine Stelle angeboten wird, müssen sie diese natürlich annehmen, weil ihnen sonst das Geld gestrichen wird. So werden sie jetzt lange Zeit arbeitslos sein oder sie bekommen vielleicht eine Arbeit, die in einem anderen Ort liegt, was neue Schwierigkeiten für die Familie bedeutet, denn in Erwitte gibt es wenig Arbeitsplätze.

Sich arbeitslos zu melden haben die Gewerkschaftsbonzen damit propagiert, daß sie die Bezahlung des Differenzbetrags zwischen der Arbeitslosenunterstützung und dem Nettolohn übernehmen. Das ist eine reine Berechnung, um die Kollegen zu diesem Schritt zu bewegen, sie sollen denken, sie hätten dann ja so und so nicht weniger Geld.

Schamlos nutzen die Gewerkschaftsführer die Notlage der Arbeiter aus, denn Streikunterstützung gibt es nicht mehr, weil die Bonzen den Streik abgebrochen haben. Die Kollegen sind aber auf das Geld angewiesen, um die Familie zu versorgen und Schulden, die einige bestimmt haben, abzutragen. Ausgenutzt haben sie auch noch vorhandene Illusionen der Kollegen in die bürgerliche Justiz und haben diese auch bewußt geschürt, damit die Kollegen jetzt zu Hause sitzen



Erwitte: Die Belegschaftsversammlung ist zu Ende. Die KPD/ML verteilt das Extrablatt des ROTEN MORGEN zur Arbeitslosigkeit.

und darauf hoffen, daß sie in der nächsten Instanz Recht bekommen. **Hier zeigt sich, wie der Gewerkschaftsapparat als Instrument der Kapitalistenklasse zur Unterdrückung der Kämpfe der Arbeiter eingesetzt wird, wie er mit verschiedenen Taktiken versucht, die Kämpfe abzuwürgen, und das hat er hier bei Seibel und Söhne von Anfang an versucht.**

Am Freitag fand eine Belegschaftsversammlung statt. Die wichtigste Frage war, wie geht es jetzt weiter. Vor der Versammlung teilte die IG Chemie schnell noch die Streikgelder für Mai aus, was Borghoff von der IG Chemie natürlich groß hervorhob.

In der Diskussion stand ein Kollege auf und meinte: „Wenn wir jetzt arbeitslos gemeldet sind, gehören wir dann noch dem Betrieb an? Müssen wir nicht dem Arbeitsamt zur Verfügung stehen?"

Borghoff versuchte die Kollegen schnell zu beruhigen. „Es ist doch so, Kollegen, es sind über eine Million arbeitslos und da dauert es schon, bis ihr woanders Arbeit bekommt; Ihr könnt ja auch berufsfremde Arbeiten ablehnen; und dann ist es ja auch so, daß hier in Erwitte und Umkreis eine Monostruktur herrscht. Macht Euch man keine Gedanken, wir werden unser Recht schon durchsetzen." Damit haben die Kollegen selber gesehen, daß die Arbeitslosigkeitsmeldung den Kampf der Kollegen spalten und besiegeln soll.

Ein anderer Kollege berichtete uns später, wie die Gewerkschaftsführer von Anfang an versucht haben, die Kampffront zu spalten. So erzählte uns ein Frührentner: „Nach den ersten Streiktagen, wo wir auch tagelang Posten gestanden haben, ging es zur Auszahlung der Notgelder. Als ich an der Reihe war, sagte mir doch der von der Gewerkschaft: ‚Du bekommst nichts, du kriegst doch Rente.' Als ich ihm dann sagte, ich hab' seit Monaten keine Rente mehr bekommen, schlug er vor, daß die Streikleitung das Geld vorschießt. Daraufhin hab' ich ihm nur gesagt: Das Geld kannst du behalten, uns steht wie den anderen Kollegen das Streikgeld zu. Das hab' ich auch auf einer Versammlung vorgebracht und dem Herbert Borghoff hab' ich gesagt, wenn du meinst, ich fürchte mich vor dir, da täuscht du dich, mit dir werd' ich schon lange fertig. Seitdem erhalten die Rentner auch Streikgeld."

Nur mit solchen üblen und hinterlistigen Methoden konnte der Gewerkschaftsapparat die Kampffront der Kollegen brechen. **Hier zeigt sich, wie notwendig es ist, zu diesem Gewerkschaftsapparat und zu den modernen Revisionisten, mit denen Borghoff z.B. auch sympathisiert, einen klaren Trennungsstrich zu ziehen, denn das sind Feinde der Arbeiterklasse, die mit aller Macht versuchen, die Kollegen vom revolutionären Kampf abzuhalten. Nur im unversöhnlichen, revolutionären Klassenkampf sind Erfolge für die Arbeiterklasse zu erreichen, das zeigt auch der Kampf der Kollegen von Seibel und Söhne. Vertrauen auf das Arbeitsgericht führt zur Niederlage, denn das sind Teile des Staatsapparates der Kapitalisten. Um erfolgreich solche Kämpfe durchzustehen, muß sich die Arbeiterklasse organisieren, und dazu muß sie gegen den Gewerkschaftsapparat die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition aufbauen, in die jeder klassenkämpferische Kollege gehört, die geführt wird von der kommunistischen Partei und die die Arbeiter nicht nur in ihren Tageskämpfen führt, sondern die sie zur endgültigen Abschaffung des gesamten kapitalistischen Systems erzieht und in den Kampf führt.**

PVC-Produktion

Schleichender Tod am Arbeitsplatz

Daß die Kapitalisten nicht an der Gesundheit der Arbeiter, sondern nur an ihrer Arbeit interessiert sind, wird kaum einer bestreiten. Daß aber die Reichen für ihren Profit über Leichen gehen, werden viele für übertrieben halten. Für die Kollegen der Firma Dynamit Nobel in Troisdorf ist das allerdings Alltag.

Seit über 2 Jahren kämpfen sie dagegen, am Arbeitsplatz langsam vergiftet zu werden durch das Vinylchloridgas, das bei der Herstellung und Weiterverarbeitung von Polyvinylchlorid-Kunststoff (PVC) entsteht. Schon das häufigere Einatmen allergeringster Mengen des Gases führt zu Knochenaufweichung und Organzersetzung, insbesondere zu Leberkrebs. Bei einem großen Teil der Belegschaft sind bereits Symptome für die PVC-Krankheit vorhanden. Offiziell sind erst 203 „Fälle" anerkannt, 33 ohne Aussicht auf Wiederherstellung. Bei dem jüngsten Beispiel beabsichtigte die Firma, einen türkischen Kollegen, der durch PVC mit erst 39 Jahren auf Rente gehen muß, übers Arbeitsamt in die Türkei abzuschieben. **Keine Methode ist den Kapitalisten zu brutal, wenn sich dadurch Kosten einsparen und die Profite erhöhen lassen.**

Die PVC-Krankheit ist keine neue mysteriöse Sache, auf die man jetzt erst aufmerksam geworden wäre. Die Ursachen und die schrecklichen Auswirkungen sind schon seit 25 Jahren bekannt. Das ist vor allem ein Verdienst der damals noch sozialistischen Sowjetunion, die zum Schutz ihrer Arbeiter umfangreiche Untersuchungen durchführte.

Aber die Kapitalisten interessieren die Ergebnisse einen Dreck. 1969 und 1971 starben zwei Troisdorfer Arbeiter an PVC-Schäden, aber im „Umwelt-ABC" des hessischen Umweltamtes heißt es noch 1972 ungerührt: PVC sei weitverbreitet „durch seine billige und umweltfreundliche Herstellung". Ab Juni ist jetzt ein Höchstkonzentrationswert für VC-Gas festgesetzt worden, der aber allen wissenschaftlichen Erkenntnissen ins Gesicht schlägt. Er bedeutet nichts anderes als unter dem Stichwort „Sicherheitsbestimmungen" den Kapitalisten weiterhin die staatliche Erlaubnis zum schleichenden Arbeitermord zu erteilen. In gutem Einvernehmen zwischen staatlichen Kontrollbehörden und Kapitalisten wird das allerdings vertuscht. Als 1973 der Kampf der Kollegen anschwoll und der einkalkulierte Mord an Arbeitern als „Skandal" in der bürgerlichen Presse auftauchte, tauschte die Firma einfach die Hälfte der Belegschaft aus, um der Öffentlichkeit eine saubere Krankenstatistik zu präsentieren. Sie machte sich besonders die Angst der ausländischen Kollegen, in der Krise den Arbeitsplatz zu verlieren und abgeschoben zu werden, zunutze, um sie an die gefährlichsten Arbeitsplätze zu zwingen. Bereits erkrankte ausländische Kollegen wurden von weniger gefährdeten Arbeitsplätzen zurückversetzt, um vorzutäuschen, daß es aufgrund der neuen Sicherheitsmaßnahmen keine Neuerkrankungen mehr gäbe.

Dieses rücksichtslose Umspringen mit Menschenleben kommt nicht aus der besonderen Hartherzigkeit der Kapitalisten, sondern weil sie nur so Profit machen können. Das läßt sich an der Häufigkeit der „Skandale" sehen, „PVC-Skandal", „Müllkippskandal", „Preussag-Skandal" usw. **Es sind eben nicht einzelne „Skandale", sondern die Auswirkungen der Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus, wonach der Profit alles, der Mensch nichts ist. Der schrankenlosen Ausbeutung des Menschen bis auf die Knochen kann daher nur im revolutionären Klassenkampf ein Ende gemacht werden. Erst im Sozialismus steht nicht mehr der Profit, sondern der Mensch an erster Stelle.**



Hamburger Seereederei-Kontor GmbH

Verbrecherische Menschenhändler

Ein Kollege aus dem Hamburger Hafen schrieb an die Zeitung der KPD/ML für Seeleute seine Erfahrungen bei der Arbeitssuche. Nachdem er verschiedene Möglichkeiten ausprobiert hatte, ging er zum Hamburger Seereederei Kontor GmbH. Die Seeleute bezeichnen die Methoden solcher Firmen als Shanghain, denn mit Betrug und Erpressung besorgen sie Seeleute für die Schiffe. Diese Firma gehört dem Reeder Braasch, der sich mit seinen Millionen ins Ausland abgesetzt hat und hier mehrere solcher Firmen unterhält. Der Kollege schreibt: „Da ich schon wochenlang arbeitslos an Land hing und die Bittgänge bei Pfaffen, Sozialamt und Arbeitsamt satt hatte, bin ich zuletzt bei einem Agenten dieser Shanghai-Firma gelandet." Er erhielt dort eine Bestätigung, daß er eingestellt wurde, die als Arbeitsvertrag bezeichnet wird. Er schreibt:

„Ich habe mich dann gleich auf die Socken nach Boston gemacht, wo das Schiff lag. Der Agent hatte das Blaue vom Himmel heruntergelogen, von wegen gute Flagge, guter Tarif und was noch alles. Als ich dann aber da ankam und die Liberia-Flagge sah, wußte ich gleich Bescheid.

Mit mir waren auch 2 andere Kollegen gekommen, mit den gleichen „Arbeitsverträgen". Wir waren zusammen ein Assi, ein Steward und ein 2. Ingenieur. Und dann kam die Katze aus dem Sack. Der Alte schwatzte von 3 DM für die Überstunde, 752 DM Grundheuer, keine Versicherung und 3 freie Tage a 27 DM für den Monat. Ich habe natürlich gleich gefragt, ob er einen Vogel hat. Denn das bedeutet rund 950 DM im Monat und bei anständiger Privatversicherung (ca. 600 DM) bleiben nicht mehr als 350 DM für uns übrig.

Wir haben das natürlich abgelehnt und Rückflug verlangt. Und dann ging es ganz schön rund. Der Alte und seine Leute von der Agentur wollten uns sofort von Bord schmeißen. ‚Sie verdienen noch ganz gut. Wenn sie nicht das Schiff verlassen, lassen wir sie verhaften!' Ich habe die Leute bloß ausgelacht, denn die halbe Mannschaft hörte inzwischen zu. Der Kerl von der Agentur drohte mir sogar Schläge an. ‚Seien sie vorsichtig, daß ich nicht handgreiflich werde. Sie kommen aus dem Klamottenviertel von Hamburg.' Und dann sagte er noch zum Fahrer der Agentur: ‚Laß diesen Bastard doch verschütt gehen über die Immigration (Ausländerpolizei).' Ich habe ihm dann bloß gesagt, daß er eine Wucht kriegt, wenn er mich anfaßt und daß er lieber als Bananenschreier gehen soll.

Ich halte nicht viel von den heutigen Gewerkschaften und ihren Bonzen. Wir haben dann aber doch die ITF angerufen, und da die Mannschaft geschlossen hinter uns stand, mußten sie uns eine Nacht an Bord lassen und uns zurückfliegen. In Hamburg mußte dann Braasch und Consorten für alles aufkommen und sogar Heuer für eine Woche auszahlen.

Und jetzt der Witz von der ganzen Geschichte. Bei der Abrechnung gab man uns versehentlich einen Durchschlag eines internen Fernschreibens von Bosten an die Hamburger Braasch-Filiale mit. Ein seltenes Dokument:

‚Sämtliche Kosten gehen zu unseren Lasten. Eine Woche Heuer auszahlen. Wir bitten sie bei der Auswahl der Seeleute in Zukunft etwas vorsichtiger zu sein. Wie schon gesagt, aber jedem können einmal Fehler unterlaufen und diese Herren konnte ich persönlich nicht annehmen, da ich im Kalten war. Hanseatic (Freudenberg)'. (D. h., er konnte diese Seeleute nicht wie gewohnt ausplündern und auch nicht einfach von Bord schmeißen, dafür war die Position der Seeleute zu stark, deshalb stand er im Kalten, deshalb mußte er so handeln).

Das alles wollte ich euch einmal mitteilen, damit die Seeleute es zu lesen kriegen. So sieht es hinter den Kulissen aus und das ist bei allen Reedern so. Eine Gaunerbande nach Strich und Faden, und alles unter dem Schutz des Staates. (. . .) Was die Leute vom ‚Roten Morgen' sagen, stimmt genau. Freiwillig werden sie niemals abtreten.

Ein Kollege

"Der Fraß, der sich Mittagessen nennt"

Daß die Geschäftsleitung bei HDW mit ihrer Küche stets bis an die Grenze des Zumutbaren geht, ist seit jeher Tatsache. Das Zumutbare wurde vorletzte Woche überschritten, als sich den Kollegen beim Essen der Magen umdrehte. Schließlich wurden Betriebsrat und Werksarzt geholt, um das Essen zu begutachten. Das Essen nannte sich „Rollade". Tatsächlich bekam man ein rundes Stück Fleisch von der Größe eines Lockenwicklers. Das Stückchen Fleisch schmeckte auch stark, aber nach allem anderen als nach Schweinefleisch.

Verantwortlich für diese Appetithäppchen ist Hein Scholz, der ehemalige Gewerkschaftsfunktionär, Leiter der vorigen Tarifkommission, von der Gewerkschaftsführung in den Vorstandssessel bei HDW gehievt als „Arbeitnehmervertreter" im Aufsichtsrat. Sein Lieblingsthema ist das Küchen- und Kantinenwesen. Doch alles, was er bisher auf diesem Gebiet geleistet hat, sind neue Essensmarken und die Abschaffung des Auswahlessens „Suppe". Sollen wir jetzt etwa annehmen, daß wir von Hein Scholz Verbesserungen erwarten können? Nein, wer mit Aufsichtsräten speist, was kümmert den unser Essen, die Gewerkschaftsführer vertreten nicht die Interessen der Kollegen. Verbesserungen können wir auch beim Essen nur erreichen, wenn wir selbst dafür kämpfen.

Am nächsten Tag wurde eine Unterschriftensammlung gemacht, wo sich die meisten Kollegen eintrugen.

Revisionistisches

EIN MIESER LENIN-FÄLSCHER!

Um die Dummheit und Unfähigkeit der Massen zur Revolution zu „beweisen", schreckte D„K"P-Vorsitzender Mies auf einem D„K"P-Treffen in Solingen nicht vor plumpen Lenin-Fälschungen zurück: Es sei „der Hinweis Lenins voll gültig . . ., daß die arbeitenden Menschen ‚nur der Kampf um sofortige, unmittelbare Verbesserungen ihrer Lage . . . aufzurütteln vermag'." Lenin also soll behauptet haben, die werktätigen Massen seien zu revolutionären politischen Kämpfen unfähig und nur zu „sofortigen Verbesserungen ihrer Lage" seien sie bereit zu kämpfen? Schlagen wir bei Lenin nach. In einer Analyse der Revolution von 1905 untersucht er, wie die **zurückgebliebensten Schichten** des russischen Proletariats „innerhalb weniger Monate" (!) eine „Truppe politischer Kämpfer" wurden und sagt: „Es ist also klar, . . . daß nur der Kampf um sofortige, unmittelbare Verbesserungen ihrer Lage die **zurückgebliebensten Schichten** (Hervorhebung RM) der ausgebeuteten Massen aufzurütteln vermag." Das ist ein anschauliches Beispiel, wie die D„K"P ihre konterrevolutionäre Politik mit verdrehten, entstellten, gefälschten Zitaten der Klassiker tarnt!

SCHULSYSTEM DER DDR IM DIENSTE DER NEUEN BOURGEOISIE

Auf einer Veranstaltung der Studentenorganisation der revisionistischen D„K"P sprachen in Marburg zwei Lehrer aus der DDR über das Thema „Studenten in der DDR". An ihren Redebeiträgen zeigte sich deutlich, wie weit sich die DDR von einem sozialistischen Staat entfernt hat. Auf die Frage, wie denn die Schüler in der DDR in die Produktion einbezogen seien, wie die Trennung zwischen Hand- und Kopfarbeit überwunden werde, faselte der Referent etwas von Praktika, die jeder Schüler in einem Betrieb leisten müsse. Aber was stellte sich so nebenbei heraus? Der Abiturkurs macht eine „wissenschaftlich-praktische" Arbeit, arbeitet also während seines Praktikums keineswegs im Betrieb. Weiterhin gaben die beiden revisionistischen DDR-Lehrer auch offen zu, daß sie gar kein Interesse daran haben, die Trennung zwischen Hand- und Kopfarbeit zu überwinden. Denn, so sagte einer von ihnen, die Devise, daß jeder Professor mal ein halbes Jahr die Hacke in die Hand nimmt, wäre „formalistisch". Und: „Die Zeit, wo jeder ein halbes Jahr Steine klopfen sollte, ist vorbei."

Der wahre Standpunkt dieser Lehrer wurde noch deutlicher, als der eine offen erklärte, daß es ja auch gar nicht gut sei und gar nicht ginge, zwischen körperlicher und geistiger Arbeit abzuwechseln und zwar sei es bestimmt auch medizinisch nicht ratsam!! Erinnert nicht gerade dieses „Argument" an die Kapitalisten, die Marx im „Kapital" schildert, die auch, je nachdem ob ihre Arbeiter tags, nachts oder abwechselnd einmal am Tag einmal in der Nacht arbeiten mußten, die passende medizinische Theorie zur Hand hatten, die immer bewies, daß gerade ihre Form der Schichtarbeit besonders gesund war? !

Das Bildungssystem in der DDR hat nicht das geringste mit einer Erziehung unter der Führung der Arbeiterklasse zu tun. Es dient der neuen Bourgeoisie in der DDR lediglich dazu, der Arbeiterklasse soviel Bildung zu vermitteln, wie sie unbedingt braucht, damit man sie ausbeuten kann, und zum anderen „Spezialisten" im Dienste der neuen Bourgeoisie heranzuziehen, die ihre entsprechenden Privilegien erhalten – ein kapitalistisches Schulsystem, nicht anders als in Westdeutschland.

KSZE vor dem Abschluß

Statt Sicherheit - wachsende Kriegsgefahr

Ob in Moskau, Washington oder Bonn – die Regierungen verbreiten neuen Optimismus: Die „Sicherheitskonferenz" in Genf (KSZE) sei einen entscheidenden Schritt vorangekommen. Die Hauptfragen seien geklärt. Den Meldungen zufolge soll im Juli oder August die dritte und letzte Phase der Konferenz auf höchster Ebene stattfinden. Ist dann Sicherheit geschaffen?

Die Wirklichkeit sieht anders aus: Vor wenigen Tagen erst erklärte Gromyko im Kreml, daß der „Eckstein" der sowjetischen Außenpolitik die „maximale Steigerung der Macht" sei, und Schlesinger kündigte an, daß bei einem konventionellen Angriff der Sowjetunion ein Nato-Atomschlag möglich sei. Diese Tatsachen zeigen eindringlich, daß die Beschwörungen in Moskau und Washington über „Sicherheit" und „Entspannung" Lüge und Betrug sind.

Wohl jeder wird sich noch erinnern, wie der Beginn der Konferenz vor zwei Jahren als Sensation gepriesen wurde. Sebastian Haffner schrieb damals im „Stern" enthusiastisch: „Der Friede bricht aus." Inzwischen aber mögen nicht einmal mehr solche Hofschreiber des Imperialismus ihre Lügen so dick auftragen, denn die vergangenen zwei Jahre haben gezeigt, daß nicht die „Sicherheit" oder die „Entspannung" zugenommen hat, sondern sich die Konkurrenz zwischen beiden Supermächten auf allen Gebieten verschärft hat und die Gefahr eines imperialistischen Krieges zwischen beiden Supermächten um die Weltherrschaft ständig weiter gewachsen ist. **Während amerikanische und sowjetische Vertreter in Genf von Entspannung, Abrüstung und Truppenreduzierung reden, werden die sowjetischen Divisionen in Ungarn, in der Tschechoslowakei und anderswo verstärkt. Auch die amerikanischen Truppen in Westdeutschland nehmen nicht nur quantitativ an Divisionen zu, sondern werden auch mit perfektionierten konventionellen und atomaren Waffen ausgerüstet. Und während Breschnew die Entspannung in der Welt durch die Politik der Sowjetunion predigt, heißt es in einem Lehrbuch, das im letzten Jahr von der Moskauer Akademie für Politische und Militärische Schulung herausgegeben wurde, ganz offen, daß die Soldaten sich psychologisch auf den „totalen Krieg" vorbereiten sollen.**



Auch die Ergebnisse der Konferenz selbst zeigen, daß die KSZE von Anfang bis Ende ein groß angelegter Betrug gewesen ist. Da wird zum Beispiel als einer der wichtigsten Schritte bezeichnet, daß der eine oder andere Staat, wenn er Militärmanöver durchführt, die Anwesenheit von Beobachtern anderer Staaten gestattet. Aber haben denn etwa die Aggressionskriege und die Eroberungen in Europa stattgefunden, weil die Militärmanöver nicht beobachtet wurden? Hätte vielleicht die Invasion der faschistischen sowjetischen Armee und ihrer Vasallen in der Tschechoslowakei 1968 nicht stattgefunden, wenn es tschechische Beobachter bei den Manövern der sowjetischen Besatzer vor der Invasion gegeben hätte? Oder aber die sogenannte „wirtschaftliche Zusammenarbeit", die die sowjetischen Revisionisten als Garant des Friedens preisen. Seit jeher ist das gegenseitige ökonomische Eindringen der Imperialisten, wachsender Expansionsdrang, die Vorstufe zum imperialistischen Krieg um die Neuaufteilung der Rohstoffe, Märkte und Einflußbereiche unter den Imperialisten gewesen. Und das wird sich auch durch die Beschönigungen der sowjetischen Revisionisten nicht ändern.

Das ganze Geschrei von „Sicherheit" und „Zusammenarbeit", das die Vertreter der beiden imperialistischen Supermächte anstimmen, ist allein dazu da, einen Nebel von Friedensillusionen zu schaffen, hinter dem beide Supermächte ihr Ringen um die Vorherrschaft in Europa noch schärfer fortsetzen können.

Profitiert haben von dieser Konferenz vor allem die sowjetischen Sozialimperialisten, die diese Konferenz mit allen Mitteln der Versprechungen, der Bestechung und Erpressung unter den westeuropäischen Ländern durchsetzten. Für sie bedeutete die Konferenz von Anfang an einen wichtigen Schritt, um aus ihrem Schatten, zweite Supermacht zu sein, herauszutreten und wirtschaftliche und politische Verbindungen zu knüpfen, die ihnen mehr Macht und Einfluß in Europa verschaffen. Und wenn man die Beziehungen zwischen den westeuropäischen Ländern und der Sowjetunion vor der Konferenz mit dem heutigen Stand vergleicht, so bestätigt das, daß den sowjetischen Sozialimperialisten mit dieser Konferenz ein wichtiger diplomatischer Durchbruch gelungen ist. Mehr denn je verkehren heute Delegationen der Neuen Kremlzaren in Westeuropa, um auf dem Gebiet der Politik, der Wirtschaft und des Militärs sowjetische Ansprüche geltend zu machen und den Einfluß des sowjetischen Sozialimperialismus in Westeuropa zu vertiefen. Gerade die sogenannte wirtschaftliche „Zusammenarbeit", die im Rahmen der KSZE ständig ausgeweitet worden ist, dient den sowjetischen Sozialimperialisten dazu, die westeuropäischen Länder enger an sich heranzuziehen, sie letztlich an sich zu ketten.

Ein Beispiel dafür ist der Energiesektor, wo die sowjetischen Sozialimperialisten immer stärker in den westeuropäischen Markt eindringen, sei es mit Uranlieferungen, mit Elektrizität, Gas oder Öl, um so über Tausende Fäden der Einflußnahme und Infiltration zu verfügen, die Wirtschaft der westeuropäischen Länder mit der der Sowjetunion zu verfilzen und Abhängigkeit zu schaffen. Zugleich heißt das nichts anderes, als daß die sowjetischen Sozialimperialisten auf diese Weise versuchen, den US-Imperialisten, die Westeuropa für sich beanspruchen, ihre Vorherrschaft streitig zu machen, um den sowjetischen Militärstiefel über ganz Europa herrschen zu lassen.

Die „Sicherheitskonferenz" in Genf hat trotz aller Beteuerungen in Moskau und Washington keine einzige Frage der Sicherheit Europas gelöst und den Frieden Europas nicht im geringsten vorangebracht. Im Gegenteil. Sie war und ist ein Bestandteil des Kampfes beider Supermächte um die Vorherrschaft in Europa, die die Spannungen weiter verschärft hat. Europäische Sicherheit kann und wird es solange nicht geben, wie unser Kontinent von zwei Supermächten beherrscht wird, die entgegen ihren „Friedenslügen" die Messer wetzen, um sich gegenseitig die Unterdrückung der europäischen Völker streitig zu machen. **Wahre europäische Sicherheit wird nur zu erreichen sein, wenn die europäischen Völker entschlossen gegen die hegemonistische Politik der beiden Supermächte, der USA wie der Sowjetunion kämpfen, um aus den europäischen Ländern die ausländischen Truppen zu vertreiben, die ausländischen Militärstützpunkte zu beseitigen und die aggressiven Blöcke der Nato und des Warschauer Paktes zu liquidieren.**

Sowjetische Militärs in Westdeutschland

Spione in Uniform

Ein Genosse berichtete uns, daß er auf der Autobahn ein Zivilfahrzeug der sowjetischen Sozialimperialisten mit russischem Kennzeichen sah, in dem russische Soldaten in Uniform gesessen haben. Der Genosse war verwundert, denn was haben Soldaten der Sozialimperialisten hier zu suchen? Schlimm genug, daß sie schon in der DDR stehen.

Diese Art von Spionen wurde hier schon öfters gesehen und sie werden von den westdeutschen Imperialisten geduldet. Die Regierung läßt es zu, daß sowjetische Soldaten offiziell in der DBR stationiert sind; diese Regelung wurde nach dem zweiten Weltkrieg von den Alliierten eingerichtet zur Kontrolle der Durchführung des Potsdamer Abkommens.

Damals, als die Sowjetunion unter Führung von Stalin noch ein sozialistisches Land war, war das eine richtige Einrichtung, die zum Nutzen des deutschen Volkes war.

Heute ist die Sowjetunion kein sozialistisches Land, sondern ein sozialimperialistisches Land. Heute hat sich die Sowjetunion zum Hauptfeind der Völker entwickelt. Von der Rivalität der beiden Supermächte, dem USA-Imperialismus und dem SU-Imperialismus, geht heute die Hauptkriegsgefahr aus. So benutzen die sowjetischen Sozialimperialisten heute diese Einrichtung, um unter dem Deckmantel der Sicherung des Friedens Spionage für ihre Kriegsvorbereitungen zu betreiben.

Nicht selten trifft man diese Spione gerade vor den Kasernen. Ein Soldat berichtete uns, daß er solche Autos und solche Leute schon öfter vor seiner Kaserne gesehen hat, „zum Panzer zählen", wie er sagte. Die „offiziellen" russischen Spione trifft man auch häufig bei Manövern. Sie haben sogar offiziell eigene Kasernen, in denen sie untergebracht sind.

An diesen wenigen Beispielen erkennt man schon, daß diese Leute nichts anderes betreiben als Spionage, die von den Sozialimperialisten dazu benutzt wird, ihre Angriffe auf Westeuropa genauestens zu planen. Sie tarnen ihre Kriegsvorbereitungen natürlich mit ihrem Gefasel von Entspannung und Friedenssicherung, wobei sie sich auf die modernen Revisionisten der D„K"P, die auch im Interesse der sowjetischen Sozialimperialisten ihr Unwesen treiben, stützen.

BESATZERTRUPPEN RAUS AUS GANZ DEUTSCHLAND!

NIEDER MIT DEM SU-IMPERIALISMUS UND DEM US-IMPERIALISMUS, DEN HAUPTKRIEGSTREIBERN AUF DER WELT!

Vom Aufbau des Sozialismus

BODENSCHÄTZE ALBANIENS

Albanien ist ein kleines Land mit einer Fläche von nur etwa 29 000 Quadratkilometern. Aber es ist reich an Nutzerzen. Geologische Studien, die seit der Befreiung und der Errichtung der Volksmacht in Albanien durchgeführt wurden, haben gezeigt, daß der Boden Albaniens reich an Metall und Buntmetallerzen ist. Es gibt u.a. Erdöl, Naturgas, Chrom, Nickel, Kupfer, Steinkohle und Bauxit.

Trotz dieser Reichtümer war Albanien vor der Befreiung eines der rückständigsten Länder Europas. Das feudal-bürgerliche Regime tat nichts, um diese Bodenschätze für die Nationalwirtschaft zu nutzen. Mit seiner Politik der „offenen Tür" ließ es den Imperialisten freie Bahn, die Reichtümer des Landes auszuplündern. Ausländische kapitalistische Gesellschaften raubten das albanische Erdöl, plünderten Steinkohle und Kupfer. Sie ließen das gewonnene Erz in ihren eigenen Ländern verarbeiten und schlugen hohe Profite daraus.

Mit der Errichtung der Volksmacht wurde diesem Zustand ein für allemal ein Ende gesetzt. Alle Gesellschaften und Betriebe, die Eigentum des ausländischen Kapitals und der einheimischen Fabrikherren waren, wurden verstaatlicht. Heute fördert und verarbeitet Albanien eine immer größere Menge seiner Bodenschätze für den eigenen Bedarf. Die Erdölindustrie und die Erzindustrie haben große Bedeutung für die Wirtschaft des Landes. In den Jahren des sozialistischen Aufbaus wurden in Albanien neue Erdölquellen entdeckt und Erdölraffinerien errichtet. Seit 1958 wird Eisennickelerz gefördert. Von einem Fünfjahresplan zum anderen wurden neue Vorkommen an Kupfer, Chrom, Steinkohle und Eisenerzen ausgebeutet. Auch nach Bauxiten, Phosphoriten, Magnesium und Baustoffen wurden Lagerstättenforschungen durchgeführt. In den albanischen Bergwerken wurde die neue Technik eingeführt. Ebenso gibt es einen spezialisierten Dienst für den Arbeitsschutz. In den Bergbauzentren entstanden neue Industriestädte.

Die albanische Erzindustrie entwickelte sich besonders nach der von Chruschtschow über Albanien verhängten Blockade, also 1960, schwungvoll. Die sowjetischen Revisionisten hatten damals angeordnet, daß Albanien keine Mineralien fördern soll. Sie versuchten, auch Albanien ihre reaktionäre Theorie der „sozialistischen Arbeitsteilung" aufzuzwingen, die zur vollständigen wirtschaftlichen, ökonomischen, technischen, wissenschaftlichen und politischen Abhängigkeit anderer Länder führt. Die albanischen Genossen hielten jedoch an dem Prinzip fest, daß jedes Land, das den Sozialismus aufbaut, darauf hinarbeiten muß, sich eine materielle und technische Basis aufzubauen, die in der Lage ist, alle Quellen und Möglichkeiten des Landes mit hoher Effektivität auszubeuten und die Voraussetzung zu einer unabhängigen Entwicklung zu schaffen.

Als Grundlage der Ausbeutung der einheimischen Rohstoffquellen wurde die Brennstoffindustrie und das Energiewesen ausgebaut. Albanische Spezialisten entdeckten neue Erzlagerstätten und neue Bergwerke wurden in Betrieb genommen – auch dort, wo die revisionistischen Spezialisten behauptet hatten, der Abbau lohne nicht. Mit der starken Entwicklung der erzfördernden und erzverarbeitenden Industrie in den Jahren des laufenden Fünfjahrplanes schritt die Erzproduktion stürmisch vorwärts. Kupfer wird vollständig im Lande verarbeitet, von der Förderung bis zur Verarbeitung zu Kupferdrähten. Ein neues Kupferschmelzwerk wird gegenwärtig gebaut.

18. Juni Vor einem Jahr - Genosse Günter ermordet

Genosse Günter unser Schwur - proletarische Diktatur!

Vor einem Jahr, am 18. Juni 1974, starb unser Genosse Günter Routhier, der erste Genosse unserer Partei, der im Kampf für die sozialistische Revolution ermordet wurde. In der Traueranzeige des Zentralkomitees der Partei hieß es: „Wir trauern um den Genossen Günter Routhier, gefallen im Kampf für die Interessen des Volkes. Er wird — wie alle im Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse Gefallenen — für immer im Herzen der revolutionären Arbeiter sein."

Worum ging es bei jenem Arbeitsgerichtsprozeß in Duisburg, bei dem Genosse Günter von der Polizei erschlagen wurde? — Herbst 73: Die Mannesmann-Kollegen im Werk Huckingen sind zum Kampf entschlossen. Bei verschärfter Arbeitshetze von Monat zu Monat gemessen an der Kaufkraft weniger Lohn. Die Kollegen treten in den Streik, aber die Streikfront bricht durch den schändlichen Verrat der D„K"P-Revisionisten und der reaktionären Betriebsratsclique um Knapp zusammen. 22 Kollegen werden entlassen. Der Kommunist Hanfried Brenner entlarvt auf einer Belegschaftsversammlung den revisionistischen Verrat und ruft zum Streik für die Wiedereinstellung der entlassenen Kollegen auf. Wenig später wird er selbst entlassen, die Polizei führt ihn von seinem Arbeitsplatz ab. Über 150 Kollegen unterschreiben die Protestresolution gegen seinen Gewerkschaftsausschluß und seine Entlassung.

Blutkrankheit. Gerade 40, wird Günter arbeitsunfähig geschrieben und muß Rente beantragen. Aber der Mut und Wille Günters zum Kampf sind ungebrochen. Günter sucht nach dem Ausweg aus Ausbeutung und Unterdrückung, nach dem Weg, eine Gesellschaft zu verwirklichen, in der es Gerechtigkeit für die arbeitenden Menschen gibt. Sein Sohn Klaus-Peter schließt sich nach dem Streik der Profilwalzwerker bei Mannesmann-Huckingen im März 73 der Roten Garde, der Jugendorganisation unserer Partei an. So erhält auch Genosse Günter Kontakt zur Partei. Er informiert sich über ihr Programm, erkennt, daß ihre Ziele richtig sind. Aber er hat Zweifel, ob es wirklich notwendig ist, zu den Waffen zu greifen, die Herrschaft der Kapitalistenklasse gewaltsam zu stürzen. Aber immer mehr sieht er die Notwendigkeit der Revolution ein. Dadurch wird er besonders bestärkt, als er einen Prozeß gegen seinen Sohn miterleben muß,



Das letzte Bild von Genossen Günter vor dem Polizeiüberfall im Duisburger Arbeitsgericht. Genosse Günter Routhier beim Singen der Internationale (rechts).

Als das Arbeitsgericht Duisburg die Klage des Genossen Brenner gegen seine Entlassung zurückwies, **erlebte Genosse Günter Routhier nicht zum ersten Mal die tiefe Rechtlosigkeit der Arbeiterklasse im Kapitalismus.** Er selbst hatte sie sein ganzes Leben zu spüren bekommen. Günter wurde 1929 zur Zeit der Weltwirtschaftskrise geboren. 7 Millionen Arbeitslose gab es damals in Deutschland. Günter ist 4 Jahre alt, da errichten die Krupp und Thyssen ihr offenes Terrorregime über das werktätige Volk. Günter wächst unter der Nazidiktatur auf. Wie viele seines Alters wird er 1944 mit 15 Jahren als Flakhelfer eingezogen. In dieser Zeit wächst in ihm der Haß gegen Faschismus und Krieg. Wie Millionen erlebt er Hunger und Not der Nachkriegsjahre. Er lernt Klempner und Installateur arbeitet bei den Hanisch-Werken in Duisburg. Er haßt jede Ungerechtigkeit, setzt sich für die Interessen seiner Kollegen ein. Deshalb kriegt er seine Papiere. Er findet Arbeit in einer Duisburger Waschmaschinenfabrik.

Die Hungerjahre während und nach dem Krieg, die Arbeitshetze, die ständige Verschärfung der Ausbeutung — das alles trägt dazu bei, daß Günter krank wird. Die jahrelange Behandlung, das Vollpumpen mit Medikamenten führen zu einer

in dem dieser wegen seiner kommunistischen Gesinnung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt wird, obwohl es nur Aussagen von Polizisten gibt, die sich auch noch völlig widersprechen. Günter erkennt, daß es bei der bürgerlichen Klassenjustiz keine Gerechtigkeit gibt, daß sie nur das Recht der Kapitalistenklasse kennt. **So wird Günters Verbindung zur Partei immer enger. Er nimmt an Veranstaltungen und Demonstrationen teil, wird Kommunist, kämpft an der Seite der KPD/ML. Er läßt sich nicht davon schrecken, daß er aufgrund seiner Blutkrankheit besonders gefährdet ist, daß für ihn jede Verletzung tödlich sein kann.**

Der Kommunist Günter Routhier war so auch kein unbeteiligter Zuschauer bei dem Arbeitsgerichtsprozeß des Genossen Hanfried Brenner. Empört über die tiefe Rechtlosigkeit der Arbeiterklasse im Kapitalismus, begeistert vom Kampf für die soziale Befreiung der Arbeiterklasse, für die sozialistische Revolution kannte er seinen Platz. Obwohl schwer krank, tritt er den Polizisten, die über die Genossen und Freunde im Gerichtssaal herfallen entgegen. Genossin Rotraud Routhier, Günters Frau, berichtet, wie Genosse Günter selbst ihr die Mißhandlungen durch die Polizei, an deren Folgen er gestorben ist, erzählte: **„Zuerst wird er in die Stuhlreihen geworfen, als er sich den Angriffen auf die Genossen entgegenstellen will. Als die Übermacht der Polizisten nicht zu überwinden ist, sagt er zu ihnen: ‚Es hat keinen Zweck mehr, ich lasse mich abführen.' An der Treppe, bisher sind zwei Bullen hinter ihm hergegangen, reißen sie ihm wie auf ein geheimes Zeichen hin, die Arme auf den Rücken und schreien: ‚Mach keine Fissimatenten, mit dir werden wir auch noch fertig!'**

Günter bittet, daß sie seinen linken Arm loslassen, weil er dort so große Schmerzen hat. Sie lachen und stoßen ihn die Treppe hinunter. Dabei schlägt er mit der Stirn gegen die Wand." Aus den Augenzeugenberichten geht hervor, daß Günter von den Polizisten Kluthen und Werner die Treppe hinuntergestoßen wurde und schwer mit dem Hinterkopf auf den Treppenabsatz aufschlug. Genossin Rotraud Routhier berichtet weiter: „Es wird ohnmächtig, wie im Halbschlaf merkt er, daß er über die Kante in ein Polizeiauto gezerrt wird. Im Auto spürt er, daß sein Kopf bei der Fahrt immer aufschlägt. Später hält jemand seinen Kopf fest (es war der Rechtsbeistand des Genossen H. Brenner, der als einziger nicht gefesselt war).

Im Polizeipräsidium, in der Toreinfahrt, wird er hinausgezerrt und auf die Erde gelegt. Dann wird er von den Polizisten an den Füßen gefaßt und über mehrere Stufen in einen großen Raum mit Fliesenfußboden geschleift, wobei er auf jeder Stufe mit dem Kopf aufschlägt."

An diesen schweren Mißhandlungen stirbt Genosse Günter Routhier. Immer wieder wurden die Polizisten von den anwesenden Genossen darauf hingewiesen, daß Genosse Günter Bluter war. Die Polizisten wußten, daß diese schweren Mißhandlungen zum Tode des Genossen führen konnten. Genosse Günter Routhier wurde von der Polizei ermordet.

Schon vom Tode gezeichnet, sagt Genosse Günter Routhier zu seiner Frau: **„Die Partei hat schon vor einem Jahr immer wieder gesagt: ‚Die Imperialisten haben ihren Staatsapparat und sie werden ihn äußerst gewaltsam gegen die kämpfende Arbeiterklasse und ihre Partei einsetzen, deshalb kann es nur einen Weg geben: Revolution, gewaltsame Zerschlagung des Staatsapparates.' Ich hatte bisher Illusionen in diesen Staat. Ich habe versucht, mit der Polizei zu diskutieren, ich habe gedacht, das sind auch Menschen. Heute sehe ich, daß die Partei recht hat. Wenn ich diese Verletzung überlebe, dann will ich noch besser mit der Partei kämpfen."** Am 17. 6. 74, einen Tag vor seinem Tod, wurde Genosse Günter Routhier auf Beschluß des Zentralkomitees in unsere Partei aufgenommen.

Genosse Günter Routhier fiel keinem „Unglück", keiner „Fahrlässigkeit" und keinem „bedauerlichen Übergriff der Polizei" zum Opfer. Wie viele vor ihm wurde er ermordet, weil er für die proletarische Revolution eintrat. Je mehr sich die Klassenwidersprüche verschärfen, um so terroristischer geht der imperialistische Staat bei seinem Versuch vor, die revolutionäre Bewegung, vor allem aber die Kommunistische Partei, zu unterdrücken und zu zerschlagen. Günters Ermordung zeigt, wer die Nachfolge von Gestapo und SS angetreten hat. Die faschistische Gefahr geht heute hauptsächlich vom imperialistischen Staatsapparat selbst aus.

Um zu verhindern, daß diese Tatsache von den Massen erkannt wird, versuchte die Polizei mit allen Mitteln die Wahrheit über den Mord an unserem Genossen zu unterdrücken. Polizeiüberfälle auf Flugblattverteiler und Verkäufer des Roten Morgen, innerhalb von 5 Tagen nach Günters Ermordung wurden rund 80 Genossen festgenommen, in vielen Fällen wurden sie noch auf den Polizeiwachen schwer zusammenge-



Polizeiüberfall auf die Trauergäste.

schlagen. Die bürgerlichen Zeitungen wurden völlig gleichgeschaltet. Bis auf wenige Ausnahmen wagten sie es nicht einmal, die Traueranzeigen abzudrucken. Wenn etwas erschien, dann nur die offiziellen Lügen der polizeilichen Stellungnahmen. Die Ausgabe des Roten Morgen, die erstmalig über den Mord berichtete wurde beschlagnahmt. Ihr folgten weitere Ausgaben. Parteibüros und politische Buchläden werden von der Polizei überfallen. Sämtliche Kundgebungen gegen den Mord werden verboten. Dieser Polizeiterror tobt in der ganzen Bundesrepublik und in Westberlin, vor allem aber im Ruhrgebiet, wo das Zentrum des Kampfes der Partei ist. **Aber dieser Terror der Bourgeoisie konnte nicht verhindern, daß die Partei überall die Wahrheit über diesen Mord verbreitete und die Menschen zum Kampf dagegen auf-**



„Es fiel keine Träne der Trauer, als wir Dich senkten hinab; wir standen geballt uns're Fäuste als Deine Rächer am Grab."

rief. An Hunderten von Wänden standen innerhalb weniger Tage Parolen gegen den Mord an unserem Genossen, zigtausende Flugblätter, Aufkleber, Plakate. An zig Straßenecken, in Einkaufszentren und vor Betriebstoren sammeln sich die Leute um die Genossen unserer Partei. Die Polizei treibt die spontanen Ansammlungen vielerorts auseinander, um die Unruhe und Empörung im Keim zu ersticken. Aber sie trifft dabei auf die Empörung von Menschen, die es zum Teil nicht glauben konnten, daß die Polizei einen kommunistischen Arbeiter ermordet haben soll und die sich jetzt selbst dem Terror der Schlägerbanden des Kapitals ausgesetzt sehen. Noch am Todestag unseres Genossen gelingt es der Partei trotz Verbot illegale Kundgebungen und Demonstrationen mit mehreren hundert Teilnehmern in Duisburg durchzuführen. Trotz eines Riesenpolizeiaufgebots.

Und der Terror des Staatsapparats macht selbst vor dem Grab unseres Genossen nicht Halt. Tausende folgen dem Aufruf der Partei und kommen nach Duisburg, um dem ermordeten Genossen das letzte Geleit zu geben. Brutal wird der Trauerzug von der Polizei überfallen und zusammengeschlagen. Wer den Bullen in die Hände fällt, wird festgenommen. Mit haßverzerrten Gesichtern schrecken die Polizeischläger nicht einmal davor zurück, die Trauerkränze zu zerstören. **Aber am Grab des Ermordeten schwören 5 000, im Kampf für die sozialistische Revolution und die Diktatur des Proletariats selbst den Tod nicht zu scheuen, wie ihn Genosse Günter nicht gescheut hat.**

Die Bourgeoisie ermordete unseren Genossen. Aber dieses Verbrechen zeigte vielen Menschen den wahren Charakter dieses Staates, der eine Diktatur der Kapitalistenklasse ist, von dem erneut die Gefahr einer offen terroristischen, faschistischen Diktatur ausgeht. Überall stießen die Familie und die Partei des Ermordeten auf eine breite Welle der Solidarität. Nicht nur in Deutschland. Radio Tirana prangerte den Mord an. In fast allen westeuropäischen Ländern berichteten revolutionäre und marxistisch-leninistische Zeitungen über dieses Verbrechen des westdeutschen Imperialismus, wurden Solidaritätsresolutionen verabschiedet.

So steht der Name unseres Genossen Günter Routhier für den unerschütterlichen revolutionären Kampf unseres Volkes und seiner Partei, der KPD/ML, wie es Genosse Ernst Aust als Grab Günters gesagt hat:

„Günter Routhier ist wie Legionen Kämpfer vor ihm für die Befreiung seiner Klasse, für die Interessen des Volkes gestorben. Er war in diesem Kampf nicht der erste und wird gewiß nicht der letzte sein. Doch während von ihren Mördern und Henkern niemand mehr spricht, werden die Namen unserer Toten wie Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Fiete Schulze, Ernst Thälmann, Philip Müller und all die anderen tausend Toten im Herzen unseres Volkes weiterleben. So wie ihre Namen wird auch Dein Name, Genosse Günter, mit ehernen Lettern auf den Denkmälern eines befreiten, eines sozialistischen Deutschlands stehen. Zum Gedenken und Vorbild für alle, die nach uns kommen."

Neuer § 129a

Sondergesetze gegen Revolutionäre

In der letzten Woche hat der Bonner Staatsapparat neue Gesetze zur Bekämpfung der fortschrittlichen und revolutionären Kräfte in unserem Land verabschiedet, die er als Sofortmaßnahme zur reibungslosen Fortsetzung des RAF-Prozesses in Stuttgart tarnte. Der §129, der die Zugehörigkeit zu einer „kriminellen Vereinigung" mit bis zu 5 Jahren Gefängnis bestraft, wurde erweitert durch einen §129a, der bei Zugehörigkeit zu einer „terroristischen Vereinigung" das doppelte Strafmaß festsetzt und besondere Verfahrensweisen im Strafprozeß einführt. Wozu braucht der Staatsapparat diese neuen Gesetze, wo er doch in der Vergangenheit auch so zahlreiche Revolutionäre hinter Gitter gebracht hat?

Es hat der Bourgeoisie schon immer gewisse Schwierigkeiten bereitet, überzeugend die politischen Aktionen der RAF, auf die als erste der § 129 angewandt wurde, mit dem kriminellen Treiben z.B. eines Rauschgiftringes oder einer Einbrecherbande gleichzustellen. In dem Maße, wie sie immer mehr fortschrittliche Menschen und Kommunisten vor Gericht zerrt, sind ihre Schwierigkeiten noch gewachsen, diese Kämpfer aus den Reihen der Arbeiterklasse einfach als Verbrecher hinzustellen.

Mit der Schaffung des §129a richtet die Bourgeoisie nun den §129 eindeutig auf die Bekämpfung revolutionärer Organisationen aus. Damit verbessert sie ihre rechtliche Grundlage, die politische Verfolgung auf immer weitere Kreise auszudehnen. Gleichzeitig schafft sie sich noch eine Reihe weiterer Mittel, um einmal in ihre Klauen geratene Revolutionäre in jedem Fall auf länger hinter ihren Gefängnismauern verschwinden zu lassen.

Ein solches Mittel ist die „Erweiterung des Haftgrundes" (§112, Abs. 3 StPO). Mußte bisher die Bourgeoisie „Fluchtgefahr" nachweisen, um die Haft über 24 Stunden hinaus aufrechterhalten zu können, kann jetzt „der Richter einen Haftbefehl in all den Fällen erlassen, in denen der vorläufige Freiheitsentzug geboten erscheint". **Damit muß jeder, der bei einem Streik, einer Demonstration, einer Veranstaltung verhaftet wird, damit rechnen, allein mit der Begründung, eine terroristische Vereinigung unterstützt zu haben, für längere Zeit ohne Prozeß festgesetzt zu werden.**

Um ihrer „Rechtssprechung" den Geruch von Gesinnungsurteilen zu nehmen, führt die Bourgeoisie als neue Prozeßfigur den „Kronzeugen" ein. Dieser Kronzeuge ist angeblich selbst Mitglied der terroristischen Vereinigung gewesen und hat im Zuge „tätiger Reue" ausgepackt, wofür ihm Straffreiheit zugesichert wird. **Der Prozeß mit dem „Kronzeugen Ruhland" hat aber bereits bewiesen, daß damit nur das System der gekauften Polizeizeugen verbessert werden soll, um dem Gericht „glaubwürdigeres Beweismaterial" zu verschaffen, aufgrund dessen es eine „saubere" Verurteilung abziehen kann.** Natürlich muß die Bourgeoisie für ihre Agenten, die sie in die Reihen der revolutionären Organisationen einschleust, Straffreiheit schaffen, um sie als „Zeugen" auffahren zu können, ohne sie selbst verurteilen zu müssen.

Dem Angeklagten soll eine politische Verteidigung unmöglich gemacht werden. Durch §148a StPO wird grundsätzlich sein gesamter Schriftverkehr mit seinem Verteidiger überwacht. Außerdem reicht es aus, „daß der Beschuldigte **verdächtig** ist, eine terroristische Vereinigung aus der Haft fortzusetzen", um auch alle Gespräche überwachen zu können. Damit sichert sich die Klassenjustiz vor Verhandlungsbeginn genaue Kenntnis über die geplante Vorgehensweise der Verteidigung und kann ihren „Kronzeugen" entsprechend vorbereiten. Mit Hilfe des §138a StPO kann sie außerdem jeden Verteidiger, der den politischen Kampf des Angeklagten vor Gericht mit seinem juristischen Wissen unterstützt, wegen „Verdachts des Zusammenwirkens mit inhaftierten Beschuldigten" vom gesamten Verfahren ausschließen und zusätzlich gegen „Rechtsanwälte, die gegen ihre Pflichten als Verteidiger verstoßen", ein Berufsverbot als Strafverteidiger verhängen. Durch diese letzte Maßnahme wird das Ehrengerichtsverfahren umgangen, das für „eine rasche, tatangemessene Reaktion" zu schwerfällig ist. Das ist der Versuch, fortschrittliche Anwälte völlig außer Gefecht zu setzen.

Was bedeuten alle diese verschärften Maßnahmen? Die bürgerliche Presse versichert, daß damit die Rechtssprechung ganz unverändert bleibt, da alle diese Maßnahmen ja nur für die Terroristenbekämpfung da sind. Damit versuchen sie die Wahrheit zu verschleiern. Es ist gerade ein Merkmal faschistischer Staaten, die politische Rechtssprechung aus der übrigen Rechtssprechung auszunehmen. Und genau darauf laufen die Maßnahmen der westdeutschen Bourgeoisie hinaus. **Gegenwärtig schafft sie sich die Grundlage für eine politische Sondergerichtsbarkeit, um jeden, der zum Kampf gegen den imperialistischen Staat aufruft, sofort zum Schweigen zu bringen.** Die Bourgeoisie sieht in der revolutionären politischen Gesinnung eines Menschen und besonders in den revolutionären Organisationen eine größere Gefahr für sich als in den Umtrieben „normaler" Krimineller und Verbrecherbanden. Darum bestimmt sie in einem weiteren Gesetz (§138 StGB), daß jede „verdächtige" Betätigung im Rahmen einer politischen Organisation von der Bevölkerung angezeigt werden muß, im Gegensatz zur Zugehörigkeit in einer kriminellen Bande. Womit sie offen zugibt, daß für sie die Aufklärung und Bekämpfung der wachsenden Kriminalität unwichtig ist – im Gegensatz zu ihren ständigen Beteuerungen.

Die neuen Gesetze spiegeln deutlich die Verschärfung des Klassenkampfes in Westdeutschland und Westberlin wider. Der imperialistische Bonner Staatsapparat versucht den Sand aus dem Unterdrückungsgetriebe zu fegen, den bestimmte Rechtsvorschriften für ihn noch bedeuteten. Seine Gesetze sind Bausteine einer faschistischen Sondergesetzgebung, durch die wie unter Hitler der Klassenkampf grausam abgewürgt werden soll. Es ist Aufgabe der Kommunisten, den Massen die Gefahr eines neuen Faschismus zu zeigen, der heute vom Staatsapparat selbst ausgeht und sie von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß dieser Staatsapparat nur durch den gewaltsamen Kampf zerschlagen werden kann und durch die Diktatur des Proletariats ersetzt werden muß, um den Faschismus für immer zu schlagen.

Anzeige wegen Wahlbrief des Genossen Ernst Aust!

Kaum war die Landtagswahl in NRW vorbei, flatterte der presserechtlich Verantwortlichen des Wahlbriefes der Bescheid über ein Ermittlungsverfahren wegen „Verunglimpfung des Staates" und „Beleidigung" ins Haus. Einige Tage zuvor bekam auch Genosse Gernot Schubert, Verleger des ROTEN MORGEN, erneut ein Verfahren wegen „Verdachts der Beschimpfung der BRD" angehängt.

Im Wahlbrief des 1. Vorsitzenden der KPD/ML, Genossen Ernst Aust, erklärt er: „. . . **Weder der Schmidt noch der Strauß, weder der Kühn noch der Kohl als beamtete Lakaien des Monopolkapitals haben die Krise gemacht, noch können sie sie verhindern. Krisen und Kriege gehören zum Kapitalismus wie der Deckel zum Topf. Und der läßt sich nicht abwählen, den muß man stürzen!"** Diese Aussage, die im Wesen so alt ist wie der Marxismus-Leninismus selbst, soll bestraft werden. Es zeigt sich auch hier, daß die Bourgeoisie in letzter Zeit ihre Angriffe verstärkt gegen programmatische Aussagen der KPD/ML richtet – es werden nicht mehr nur einzelne Standpunkte unter Strafe gestellt.

Es ist kein Zufall, daß ausgerechnet der Wahlbrief von Genossen Ernst Aust dazu herangezogen wird. Er, der entscheidend den Verrat der modernen Revisionisten von der D„K"P entlarvte, wird von den Herren an Rhein und Ruhr besonders gefürchtet. Als 1. Vorsitzender der KPD/ML und Landtagskandidat wandte er sich in seinem Brief an die Bürger Duisburgs. Gegen das Geschwätz und die Versprechungen der bürgerlichen Parteien aller Schattierungen hat er geschrieben, daß die Krisen erst dann ein Ende haben, wenn das kapitalistische System in der sozialistischen Revolution zerschlagen ist. Stimmen für die KPD/ML sind Stimmen für die sozialistische Revolution.

Deswegen auch der Angriff auf einen weiteren Eckpfeiler des Marxismus-Leninismus. Genosse Schubert soll vor Gericht gestellt werden, weil der ROTE MORGEN 11/75 schrieb: **„Das ist eine Demokratie, die nur für eine Handvoll Kapitalisten Wirklichkeit ist, für die überwiegende Mehrheit des Volkes aber Ausbeutung und Unterdrückung bedeutet."** Daß dem so ist, sehen immer mehr Kollegen. Sie erkennen, daß die Kommunisten die Wahrheit sagen und bekommen Vertrauen in die KPD/ML. Das ist der bürgerlichen Klasse ein Dorn im Auge. Arbeiter, die zu Kommunisten werden – das ist ein Alarmsignal für sie. Und so unternimmt die Bourgeoisie alle möglichen Versuche, den Marxismus-Leninismus zu verbieten, die Partei zu kriminalisieren. Dabei geht sie immer öfter in polizeistaatlicher Manier vor, indem sie das alleinige Wiederholen von Anklagepunkten unter Strafe stellt. So werden aus dem Artikel im ROTEN MORGEN Nr. 11/75 „Kapitalistenstaat – ein verbotenes Wort", die unter Strafe gestellten Worte „imperialistischer Staat", „Faschisierung" usw. erneut verfolgt, weil sie in dem Bericht wiederholt wurden.

Doch diese Versuche der Bourgeoisie sind zum Scheitern verurteilt. Mag sie noch zeitweilig Erfolge erzielen, das Rad der Geschichte läßt sich nicht zurückdrehen. Diese Erfahrung haben alle bisher herrschenden Klassen machen müssen.

Werktätige, Euer Wahlentscheid:

KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS/MARXISTEN-LENINISTEN

An der Spitze unserer roten Kandidaten:

Ernst Aust, 52 J., Fräser
Vorsitzender der KPD/ML

Direktkandidat in Duisburg I, Wahlkreis 72

Faksimile des Wahlbriefes von Genossen Ernst Aust.

Korrespondenzen

BREMEN

In zunehmendem Maße habt Ihr in letzter Zeit – besonders durch die hervorragende Rede des Genossen Ernst Aust – auf die wachsende Kriegsgefahr hingewiesen. Mit allen möglichen Tricks wollen nicht nur die Supermächte davon ablenken, sondern auch die herrschenden Kreise in Westdeutschland. Sie halten „antifaschistische Gedenkstunden" ab, zeigen in Schulen, Jugendgruppen usw. Filme, wie er neulich im Fernsehen lief: „Die Brücke". Hier wird allerdings nirgends aufgezeigt, was die Ursachen des Krieges sind, sondern es wird die „Unsinnigkeit" und „Unmenschlichkeit" des Krieges dargestellt, was bei den Zuschauern pazifistische Strömungen stärken soll.

Daß die Bourgeoisie selbst nicht an ihre Friedenstiraden glaubt, zeigt nicht nur die offensichtliche Aufrüstung. Es gibt auch andere Kleinigkeiten, die das verdeutlichen. So sind in Bremen z.B. alte Bunker wieder neu eingerichtet worden. Aber abgesehen davon, daß die Bunker nur wenige Einwohner aufnehmen können, die Kapitalisten aber ihre eigenen Privat-Atombunker im Keller oder im Garten haben, weiß sowieso niemand in der Bevölkerung, wo Bunker sind, wie man da hineinkommt, sich drinnen verhält usw. Es ist schon so, wie die KPD/ML und die ROTE GARDE sagen: Die Herrschenden denken nur an sich, aber nicht an das Volk.

Genossen, warum schreibe ich Euch das? Ich habe früher selbst „für den Frieden" gekämpft – dachte ich. Ich habe auf dem Jahrmarkt kein Luftgewehr angefaßt in dem Glauben: „Wenn ich damit treffen kann, kann ich auch Menschen treffen." Erst durch den Kampf der Partei in dieser Frage wurde mir die Sache klar. Entscheidend war für mich, daß man mir ganz klar sagte: Deine „Kriegsgegner" diskutieren sich die Köpfe heiß, während z.B. die SU die CSSR überfällt oder die USA die indochinesischen Völker. Gut. Aber das war für mich alles noch relativ weit weg. Aber dann sah ich im ROTEN MORGEN, wie die Kriegsgefahr ganz konkret und ganz besonders auch für das deutsche Volk besteht. Viele kleine Informationen haben dazu beigetragen, daß ich diese Gefahr heute klar erkenne und mit der Partei gegen die Kriegsgefahr durch die beiden Supermächte kämpfen will. Es wird eine große Aufgabe sein, die ganze werktätige Bevölkerung, besonders aber die Jugend über diese Gefahr aufzuklären und auf die Gefahr eines neuen Weltkrieges zu rüsten.

Rot Front, Genossen! Euer C.

DUISBURG

Folgenden Brief erhielten wir von einem älteren Kollegen über das Duisburger Parteibüro:

„Bezugnehmend auf eines Eurer Flugblätter, das ich vor der Wahl erhielt (gemeint ist das Flugblatt „Es gibt nur eine Kommunistische Partei" – RM-Redaktion), hat sich auch meine Überlegung erhärtet, daß nur Euer Programm zur Erreichung eines vereinten, unabhängigen und sozialistischen Deutschland Erfolg haben kann. Zunächst hatte ich mit einem Mitglied der „KPD" gesprochen. Nur unter der Waffe, Sichel und Hammer kann ein sozialistisches Deutschland errichtet werden. D„K"P und „K"PD stützen sich auch meiner Meinung nach auf hohle Phrasen, die zusammenbrechen werden wie ein Kartenhaus, wenn die KPD/ML ihrem Symbol Hammer, Sichel und Waffe folgt, das diesem degenerierten kapitalistischen Staat den Kampf ansagt.

Mit sozialistischem Gruß! H.K.

FRIEDRICHSHAFEN

Folgendes habe ich vor kurzem erlebt: Ich war krank und fuhr vom Arzt kommend nach Hause. Da entdeckte ich eine Radarfalle der Polizei. Ich war darüber so empört, daß ich sofort umdrehte, mich 100 Meter vor dem Blitzlichtgerät der Radarfalle aufstellte und mit einem Fotoapparat, den ich dabei hatte, die kommenden Autofahrer darauf hinwies, was sie erwartete. Ich bin gewiß nicht grundsätzlich gegen Gesetze und Vorschriften, die den Straßenverkehr regeln. Doch in diesem Staat ist nichts neutral, auch diese Vorschriften nicht: Da geht es nicht nur um die Ordnung im Verkehr, sondern vor allem auch um die Einschüchterung und Auspressung der Werktätigen durch Bußgelder usw.

Ich glaube, ich habe über 200 Autofahrer von einer „strafbaren Handlung" abgehalten, bis die Polizei mich endlich entdeckt hatte. Paßkontrolle war das erste, was sie von mir wollten. Inzwischen hatten sich aber einige Passanten angesammelt. Diese wollten wissen, was die Polizei denn wolle? Ich habe es ihnen erklärt, und alle bekamen plötzlich eine Wut auf die Grünen. Die Polizisten aber wurden immer ausfälliger und entlarvten sich immer mehr. Schließlich beschuldigten sie mich, ich würde sie „in der Ausübung einer Amtshandlung stören". Danach wurden sie tätlich und drohten, mich sofort festzunehmen. Die Reaktion der Umstehenden – mittlerweile waren es ungefähr 20 geworden – belehrte sie allerdings schnell eines besseren. Als sie sahen, daß sie so nicht durchkommen, bekamen sie erst recht eine Wut auf mich. Einer der Polizisten bezeichnete mich als den primitivsten Menschen, der in Friedrichshafen herumläuft, und wenn er Autofahrer gewesen wäre und mich hier gesehen hätte, er hätte mich glatt und sauber umgefahren. Stellt Euch vor, wie nun die Passanten tobten. Sie schimpften über den „verhinderten Mörder" in Uniform – die Polizisten zogen es vor, zu verschwinden. Nach einer weiteren halben Stunde bauten sie ohne Erfolg ihre Radarfalle ab.

Mit zwei der Passanten bin ich dann noch zusammen Kaffee trinken gegangen und habe sie über die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS unterrichtet. Sie wollen an einer Schulung teilnehmen. Zuvor hatte ich schon Adressen bekommen von Passanten, die im Falle einer Anzeige gegen mich zu mir stehen werden.

Rot Front! H.



KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

DUISBURG

Gegen Genossin Maicke Tuschen, Presseverantwortliche der OG Duisburg der Partei, wurden Ermittlungen eingeleitet wegen § 90a, „Staatsverunglimpfung". Der Grund: Im „Röhrenkicker", Betriebszeitung bei Mannesmann, war ein Artikel erschienen, der darüber berichtete, daß das Verfahren gegen die Mörder des Genossen Günter Routhier eingestellt ist.

MUNCHEN

Am 23. 5. wurde ein Verteiler des ROTEN MORGEN Extrablattes zum Roten Antikriegstag 74, der bei einem Polizeiüberfall auf die Demonstration am 1. 9. 74 festgenommen worden war, zu 400 DM Geldstrafe verurteilt, weil er die Bundesrepublik „verächtlich" gemacht und die „verfassungsmäßige Ordnung beschimpft" haben soll. In der Urteilsbegründung sagte der Richter offen, worum es ging: Der ROTE MORGEN sei geeignet, die DBR und ihr Grundgesetz dem Volke „madig zu machen" – und das fürchtet die Bourgeoisie!

DUISBURG

Ein Genosse, der bei der Beerdigung des Genossen Günter Routhier Trauerkränze spanischer Genossen trug, ist von der Bourgeoisie angeklagt worden. Die Polizei hatte damals, als sie den Trauerzug überfiel, die Kränze zu Boden gerissen, Kranzschleifen zerfetzt und auf den Kränzen herumgetrampelt. Angeklagt wird jetzt aber der Genosse „wegen Beleidigung, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung". Einen Strafbefehl über 1 500 DM hatte er zurückgewiesen und Berufung eingelegt. Prozeßtermin: 24 Juni, 13 Uhr, Amtsgericht Duisburg, König Heinrich Platz 1, Zimmer 169.

KÖLN

Ohne jeden Beweis wurde Baha Targün, der beim Ford-Streik 1973 eine führende Rolle spielte, zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt, weil er angeblich einen türkischen Kaufmann, der als Faschist bekannt ist, um 15 000 DM erpreßt haben soll. In Wirklichkeit mußte sogar das Gericht indirekt eingestehen, daß es sich bei diesem Erpressungsversuch um nichts anderes als eine hinterhältige Falle von türkischem Geheimdienst und westdeutschen Behörden gehandelt hatte.

STUTTGART

Nach dem Ausschluß der Wahlverteidiger der RAF-Genossen sollen diese nun offenbar ganz mit Berufsverbot belegt werden. Mit diesem Ziel hat die reaktionäre Anwaltskammer gegen Rechtsanwalt Croissant ein Ehrengerichtsverfahren eingeleitet, das am 12. Juni beginnt. Gründe für den drohenden Ausschluß von RA Croissant aus der Anwaltskammer: Er hatte öffentlich die Folter an den RAF-Gefangenen Folter und den Mord an Genossen Holger Meins Mord genannt, er hatte Anzeige gegen Gefängnisbeamte wegen „Körperverletzung" an seinen Mandanten erstattet und dazu beigetragen, daß die Öffentlichkeit über die faschistischen Vernichtungsversuche der Bourgeoisie an den Gefangenen der RAF erfuhr.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Die KP Indonesiens an ihrem 55. Jahrestag

"Das revisionistische Gift zerschmettern"

In diesen Tagen ist die Kommunistische Partei Indonesiens 55 Jahre alt geworden. Und fast zehn Jahre sind vergangen, seitdem die amerikanischen Imperialisten und die indonesischen konterrevolutionären faschistischen Kräfte, die Clique um die Generäle Suharto und Nasution, ihren blutigen Staatsstreich durchgeführt haben, um die Revolution der Völker Indonesiens zu unterdrücken und ihre führende Kraft, die Kommunistische Partei Indonesiens auszulöschen.

Damals, am 30. September 1965, gelang es den amerikanischen Imperialisten und ihren Lakaien innerhalb weniger Tage und Wochen Hunderttausende von Mitgliedern der KPI, von Patrioten und Revolutionären zu ermorden oder in die Gefängnisse und Konzentrationslager zu werfen, wo noch heute über 100 000 von ihnen unter den unmenschlichsten Bedingungen gefangengehalten werden.

Das konterrevolutionäre Massaker vom 30. September war ein schwerer Schlag für die Partei und das Volk auf seinem Weg zur neudemokratischen Revolution, zur Freiheit und Unabhängigkeit des Landes vom Imperialismus, vor allem vom amerikanischen Imperialismus. Den amerikanischen Imperialisten konnte dieser Schlag gelingen, weil die KPI in dieser Zeit der Linie und der Politik der modernen Revisionisten folgte, weil die Partei und das Volk unbewaffnet und ungerüstet dem weißen Terror der Konterrevolution gegenüberstand.

Gerade damals predigten die Chruschtschow-Revisionisten, daß die amerikanischen Imperialisten „vernünftig" geworden seien und propagierten überall die Theorie des „friedlichen Überganges", den Verzicht auf die gewaltsame Revolution. Das war nicht nur vollständiger Verrat am Marxismus-Leninismus, sondern, wie die Ereignisse vom 30. September 1965 zeigten, auch eine verbrecherische und gefährliche Politik, die die Völker entwaffnet und sie dem konterrevolutionären Terror ausliefert.

Das Politbüro der Kommunistischen Partei Indonesiens veröffentlichte nach dem Massaker vom September 1965 eine gründliche Selbstkritik, in der der moderne Revisionismus gebrandmarkt wird und festgestellt wird, daß es für die Partei und das ganze Volk keinen anderen Weg zum Sieg geben kann, als den des bewaffneten Kampfes, des Aufbaus einer revolutionären Armee unter der Führung der Partei und den Zusammenschluß aller unterdrückten Klassen und Schichten des Landes in einer revolutionären Einheitsfront. **Diese Selbstkritik führte die Partei wieder auf den Weg des Marxismus-Leninismus, den Weg der Revolution, den sie seitdem unbeirrbar, trotz großer Schwierigkeiten beschreitet.**

Heute verstärken aber auch die modernen Revisionisten Indonesiens ihre Sabotage- und Spaltertätigkeit. Die „UZ" veröffentlichte z.B. vor kurzem einen Artikel eines indonesischen Revisionisten, in dem dieser nicht nur frech behauptet, daß die **„Verstärkung des Einflusses der Maoisten"** zu einer Schwächung der Partei geführt habe, die die Reaktion ausnutzen konnte, sondern auch, daß das indonesische Volk den Sieg in der Revolution **„nur gestützt auf die Hilfe . . . der Sowjetunion erlangen kann." Die indonesischen Revisionisten sind nichts anderes als Sprachrohre Moskaus, das mit allen Kräften versucht, seinen Einfluß und seine Macht in diesem Land zu verstärken, um in die Fußstapfen der amerikanischen Imperialisten zu treten.** Aus diesem Grund sind sowjetische Minister nach Djakarta gereist, um Suharto ihre „Hilfe" anzubieten, aus diesem Grund auch versuchen die indonesischen Revisionisten unter dem Namen der KPI die Revolution des indonesischen Volkes zu sabotieren und die Reihen der Partei zu zersetzen.

Die Nachrichtenagentur API des indonesischen Volkes hat vor kurzem dazu aufgerufen, jede „Hilfe" der IGGI, einer Vereinigung imperialistischer und kapitalistischer Gläubigerländer Indonesiens zu bekämpfen, weil diese Art von „Hilfe", die in der Hauptsache aus Krediten besteht, nur der weiteren verstärkten Ausbeutung und Versklavung Indonesiens durch die internationalen imperialistischen Monopole dient. Schon heute betragen die Auslandsschulden Indonesiens an diese Länder über 4 Mrd. Dollar. Darüber hinaus dient diese „Hilfe" den ausländischen Monopolen dazu verstärkt in Indonesien einzudringen, Konzessionen zu bekommen und stärkt das faschistische Regime der Generäle Suharto und Nasution.



Angesichts der Sabotage- und Wühltätigkeit der modernen Revisionisten hat die KPI in ihrer Erklärung zum 55. Jahrestag der Partei erklärt: **„Besonders heute, wo die sowjetischen modernen Revisionisten überall ihre giftigen revisionistischen Theorien verkaufen, die den Marxismus verdrehen, ist es umso notwendiger, den Marxismus-Leninismus zu meistern. Angesichts der Sabotage der modernen Revisionisten werden die indonesischen Kommunisten beständig daran festhalten, die Linie der Selbstkritik des Politbüros des ZK der KPI hochzuhalten und, bewaffnet mit dem Marxismus-Leninismus und durch die Praxis des revolutionären Kampfes das revisionistische Gift und die Spalteraktivitäten der sowjetischen Sozialimperialisten enthüllen und zerschmettern."**

Die KP Indonesiens wird auf dem Weg des revolutionären Kampfes gegen den amerikanischen Imperialismus wie auch den sowjetischen Sozialimperialismus und seiner Agenten voranschreiten, um die Diktatur der Suharto-Nasution-Clique zu stürzen und die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker Indonesiens zu erkämpfen. Weder der weiße Terror der Konterrevolution noch die Sabotagetätigkeit der modernen Revisionisten werden verhindern können, daß die Völker Indonesiens unter Führung der KPI den Sieg erringen werden.

Spanien

Polizei ermordet deutsche Touristin

In einem Krankenhaus in der spanischen Stadt San Sebastian ist in diesen Tagen Felicitas Leckelt, 65 Jahre alt, eine Touristin aus der Bundesrepublik, gestorben. Felicitas Leckelt ist von der Polizei des faschistischen Franco-Regimes kaltblütig ermordet worden, als sie eine Polizeikontrolle nicht beachtete und die Polizisten das Feuer auf ihren Wagen eröffneten.

Über San Sebastian ist, wie im ganzen Baskenland, der Ausnahmezustand verhängt und jede Berichterstattung über die Ereignisse ist verboten. Die faschistischen Behörden haben bereits Hunderte von Menschen willkürlich verhaftet und allein in den letzten Wochen über zehn Menschen ermordet; auf der Straße erschossen, wie den 18jährigen Schüler Luis Arriola, in ihrem Haus ermordet wie das Ehepaar Garay in Guernica. Fußballstadien und Stierkampfarenen sind zu Gefängnissen für alle diejenigen gemacht worden, bei denen bei der laufenden Umtauschaktion für alle Pässe auch nur der kleinste Anhaltspunkt oder Verdacht entstanden ist, daß der Paß vielleicht nicht in Ordnung sein könnte.

Mit dem Ausnahmezustand und verschärftem Terror hofft das faschistische Franco-Regime den Kampf des baskischen Volkes gegen die Unterdrückung und für seine nationalen Rechte ersticken zu können. Das baskische Volk hat die Verhängung des Ausnahmezustandes mit Kampf beantwortet und in verschiedenen Städten sind bereits Demonstrationen durchgeführt worden. Gleichzeitig hat die ETA überall im Land ihre revolutionären Aktionen verstärkt, mehrere Polizisten der Guardia Civil hingerichtet und Einrichtungen und Autos der Polizei durch Bomben zerstört.

Der Kampf des baskischen Volkes kann, ebenso wie der Kampf des ganzen spanischen Volkes, von dem faschistischen Franco-Regime nicht unterdrückt werden. In diesem Kampf wird sich auch das baskische Volk immer mehr in den Reihen der FRAP zusammenschliessen und, geführt von der KP Spaniens/Marxisten-Leninisten, die föderative Volksrepublik erkämpfen, die ihm alle demokratischen Freiheiten geben und seine nationalen Rechte garantieren wird.

Zur Unterstützung dieses Kampfes hat die FRAP schon seit langem auch die Werktätigen der Bundesrepublik aufgerufen, das faschistische Regime Francos nicht durch die Devisen zu stärken, die ihm die Tourismus-Industrie bringt und den Urlaub in einem anderen Land zu verbringen.

Aus aller Welt

SÜDKOREA

Die südkoreanischen Studenten haben erneut ihren Kampf gegen die faschistische Diktatur der Pak-Jung-Hee-Clique verstärkt. Am 22. Mai versammelten sich über 1 000 Studenten der Universität von Seoul, um ihren Haß gegen die Diktatur und ihre Verbrechen zum Ausdruck zu bringen. Nach dieser Versammlung führten sie eine Demonstration durch, die von der Polizei mit brutaler Gewalt aufgelöst wurde. Dabei wurden mehr als 300 der Studenten verhaftet.

VR CHINA

Der Botschafter der VR China in Somalia übergab in diesen Tagen im Namen des Roten Kreuzes der VR China viertausend Tonnen Mais an die Regierung des Landes. Dieses Geschenk soll dem Volk von Somalia helfen, die Schwierigkeiten schneller zu überwinden, die in verschiedenen Gebieten des Landes durch Trockenheit hervorgerufen wurden.

SPENDET FÜR DEN BEFREIUNGSKAMPF DES VOLKES VON OMAN!
Vorstand der KPD/ML
– Spendenkonto –
Stadtsparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321 004 547
Stichwort: Oman

PALÄSTINA

Kommandos der Befreiungskämpfer des palästinensischen Volkes führten in der Zeit vom 14.-20. Mai harte Schläge gegen die israelischen Zionisten. Sie führten im Norden von Jerusalem mehrere Operationen durch, bei denen sie Autos der Zionisten zerstörten, mehrere von ihnen töteten und verwundeten. In einer Sammelstelle für Soldaten mitten in Jerusalem legten die Revolutionäre eine Zeitbombe, bei deren Explosion zahlreiche feindliche Soldaten verwundet wurden.

11 demonstrierende Afrikaner erschossen

Smith's "Entspannung" ist Betrug

Am 1. Juni ermordete die Polizei des rassistischen Regimes des Faschisten Ian Smith in der rhodesischen Hauptstadt Salisbury elf Afrikaner und verwundete weitere 23 schwer. An diesem Tag hatten Tausende von Afrikanern gegen den Terror und die doppelzüngige Politik des rassistischen Smith-Regimes demonstriert.

Sie hatten demonstriert, weil dieses Regime in den letzten Wochen die Unterdrückung und den Terror gegen die afrikanische Bevölkerung weiter verstärkt hatte, willkürlich die Wohnviertel der Afrikaner in Salisbury absperrte, Hausdurchsuchungen vornahm und 650 Menschen verhaftete. Sie hatten demonstriert, weil das Smith-Regime ultimativ gefordert hatte, daß die afrikanischen Befreiungsorganisationen „ohne Vorbedingungen" sich zu Verhandlungen bereit erklären sollten. Dies und nicht die Lügen der bürgerlichen Presse über angebliche Schlägereien zwischen „Anhängern verschiedener Befreiungsorganisationen", war der Grund für die brutalen Morde der faschistischen Polizei des Smith-Regimes.

Dieses Regime hat in den letzten Wochen immer wieder heuchlerisch seine Bereitschaft zum „Dialog" und zur „Entspannung" mit dem Volk von Zimbabwe beteuert, ebenso wie Vorster, der Kompagnon Smith's in Südafrika. Jetzt fordert Smith „Verhandlungen ohne Vorbedingungen". Was meint er denn damit? Vorbedingung für Verhandlungen in Rhodesien ist die vollständige Erfüllung des Übereinkommens von Lusaka, in dem Smith hatte beteuern müssen, alle politischen Gefangenen freizulassen, den Waffenstillstand zu achten und keine militärischen Angriffe gegen die Befreiungskämpfer des Volkes von Simbabwe zu unternehmen.

Aber Smith ließ weder die politischen Gefangenen frei, noch stellte er die militärischen Angriffe ein. Im Gegenteil, er verstärkte den konterrevolutionären Terror und ließ sogar einen der Führer des Volkes von Simbabwe Herbert Chitepo (siehe RM 18/75) durch gedungene Meuchelmörder töten. Es ist längst bekannt, daß die Politik des „Dialogs" und der „Entspannung", die Smith und Vorster predigen, nur eine hinterhältige Doppeltaktik ist, die sie verfolgen, um das Volk zu entwaffnen und gleichzeitig ihren konterrevolutionären Terror zu verstärken. **Das Volk von Simbabwe und seine Befreiungsorganisationen haben aber diese Taktik längst durchschaut. Sie haben die Waffen nicht aus der Hand gelegt und den bewaffneten Kampf, vor dem das Regime zittert, nicht eingestellt. Sie haben im Gegenteil immer wieder erklärt, daß sie entschlossen sind, den Kampf für die endgültige Zerschlagung des Rassistenregimes fortzusetzen und daß die einzige Sprache, die dieses Regime versteht, die Sprache der revolutionären Gewalt, des Volkskrieges ist.**

Die Völker und Nationen Afrikas haben diesen gerechten Kampf immer unterstützt und haben betont, daß sie dem Volk von Simbabwe, wie auch den Völkern von Azania und Namibia in ihrem Kampf gegen die weißen rassistischen Regimes jede Hilfe geben werden.

Im Vertrauen auf die eigenen Kräfte und mit Unterstützung ihrer afrikanischen Brudervölker werden sich die Völker des südlichen Afrika sicherlich befreien und alle Versuche von Smith und Konsorten, den bewaffneten Kampf des Volkes von Simbabwe aufzuhalten, sind zum Scheitern verurteilt.

SPENDET
FÜR DEN AUFBAU DES BEFREITEN KAMBODSCHA UND VIETNAM!
Vorstand der KPD/ML
– Spendenkonto –
Stadtsparkasse Dortmund
Kto Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMBODSCHA/VIETNAM

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 und 41 Meter
16.00-16.30	32 und 41 Meter
19.00-19.30	41 und 50 Meter
2. Programm	
14.30-15.00	32 und 41 Meter
18.00-18.30	32 und 41 Meter
21.30-22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
3. Programm	
6.00-6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
23.00-23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)

RADIO PEKING

Im Winter	43,7; 42,8 und 38,5 Meter
Im Sommer	26,2 Meter
Jeweils:	19.00-20.00 und 21.00-22.00 Uhr.

32 Meter entspricht 9,26 MHz
41 Meter entspricht 7,23 MHz
50 Meter entspricht 5,95 MHz
215 Meter entspricht ca. 1 400 KHz (Mittelwelle)

Demonstration in Nürnberg

Solidarität mit den verhafteten Türken

Seit ihrer Festnahme am 13. Mai befinden sich die 28 türkischen Kollegen noch in Haft. Die Hetze der bürgerlichen Presse hat nicht verhindern können, daß die Wahrheit über den Streik ans Licht kam: Es war der mutige Kampf türkischer Kollegen gegen die Entlassung von 19 deutschen, griechischen und türkischen Arbeitern.

Vielen Menschen wurde durch den Polizeieinsatz und die Inhaftierung der türkischen Kollegen die besondere Rechtlosigkeit der ausländischen Arbeiter hier in Westdeutschland vor Augen geführt. Es hat Empörung hervorgerufen, wie der Kampf gegen 19 und weitere geplante Entlassungen durch massiven Polizeieinsatz zusammengeschlagen wurde. Daran konnte auch die üble Hetzkampagne nichts ändern, mit der das Vorgehen der Polizei von der Bourgeoisie und ihren Handlangern gerechtfertigt wurde. Der bürgerliche Staat hat hier wieder sein offenes Unterdrückergesicht gezeigt, das demokratische Mäntelchen wurde fallengelassen. **Recht auf Streik? Es gilt nur, wenn der arbeiterfeindliche, imperialistische DGB-Apparat an der Spitze steht, um den Kampf der Kollegen zu sabotieren und in die Niederlage zu führen.** Wenn das die Arbeiter nicht mitmachen und wie bei Dynamit Nobel den Kampf in die eigenen Hände nehmen, zieht der Staatsapparat mit seinen Knüppelgarden auf. So war es schon in den vergangenen Jahren bei Ford und Hella. Dann zeigt sich ganz klar, wie DGB-Apparat, Betriebsrat und D„K"P mit der Polizei Seite an Seite stehen und alles daran setzen, die Einheit der deutschen und ausländischen Kollegen zu spalten.

Sie ebnen damit dem imperialistischen Staatsapparat den Weg, der jetzt die türkischen Kollegen mit Abschiebung bedroht. Erst kürzlich hat der Bundesgerichtshof ein Urteil bestätigt, wonach jeder Ausländer abgeschoben werden kann, der wegen eines geringen Delikts, z.B. Verkehrsunfall, bestraft wird. Daß die Bourgeoisie erst recht keinen Moment zögern wird, wo türkische Kollegen so mutig für die Rechte der Arbeiterklasse gekämpft haben, liegt auf der Hand! Was das für die türkischen Arbeiter bedeutet, sieht man mit einem Blick auf ihr faschistisches Heimatland. Deswegen ist es besonders notwendig, die Solidarität mit den Kollegen zu verstärken, den Kampf für ihre Freilassung entschlossen zu führen.

Kommt zur Demonstration: 14. Juni, 11 Uhr, Nürnberg, Maxilianstr. / Im Dörfler.

KAMPF DER DROHENDEN ABSCHIEBUNG!

SOFORTIGE FREILASSUNG DER TÜRKISCHEN KOLLEGEN!

WEG MIT DEN REAKTIONÄREN AUSLÄNDERGESETZEN!

DEUTSCHE UND AUSLÄNDISCHE ARBEITER – EINE KAMPFFRONT!

Es lebe das rote China Freund aller Völker

Gestern, am 13. Juni, ist in Köln die erste Gesamtausstellung der Volksrepublik China in der Bundesrepublik eröffnet worden. Die Wirtschaft, die Kultur, Land und Leute Chinas werden vorgestellt. Wir freuen uns sehr über den Beginn dieser großen Ausstellung und rufen alle unsere Leser, alle Freunde des chinesischen Volkes auf, sie zu besuchen und für ihren Besuch zu werben. Es werden sicher viele Menschen nach Köln fahren, um die Volksrepublik China näher kennenzulernen und die Freundschaft und das Verständnis zwischen dem deutschen und dem chinesischen Volk werden sich weiter entwickeln und festigen.

In den 25 Jahren seit der Gründung der Volksrepublik China am 1. Oktober 1949 hat das chinesische Volk unter der Führung seiner kommunistischen Partei mit Genossen Mao Tsetung an der Spitze auf allen Gebieten der wirtschaftlichen, technischen, kulturellen usw. Entwicklung des Landes große Erfolge errungen. Ein großes Volk, das vor seiner Befreiung in unvorstellbarer Armut und Unterdrückung gelebt hat, ist aufgestanden und baut den Sozialismus auf. Für die Leistungen, die es dabei vollbracht hat, hier ein Beispiel:

Vor der Befreiung hungerten in China hunderte Millionen von Menschen und viele Millionen starben den Hungertod. **Nach der Befreiung des Landes frohlockten vor allem die amerikanischen Imperialisten, daß niemand mit dem Problem der Ernährung der hunderte Millionen Menschen in China fertig werden würde und daß die Kommunisten schon allein aus diesem Grund nach kurzer Zeit scheitern müßten. Jeder kann heute sehen, daß die Landwirtschaft im sozialistischen China stürmisch voranschreitet und daß Hunger und Not verbannt sind.**

Die Ausstellung in Köln zeigt, daß die VR China solche Erfolge erringen konnte, weil sie beim Aufbau des Sozialismus auf die eigenen Kräfte vertraut und nach dem Prinzip „Unabhängigkeit und Selbständigkeit" handelt. Im Vertrauen auf die eigenen Kräfte, das heißt vor allem, Vertrauen auf die Kraft des Volkes zu haben, das, geführt von seiner kommunistischen Partei, alle Wunder vollbringen kann. Die Bauern der Produktionsbrigade Dadschai z.B. haben so mit ihren eigenen Händen sieben Schluchten und acht Bergkämme in Terrassenfelder verwandelt, die, einst Ödland, jetzt reiche Ernte tragen. Das ist der Geist, mit dem das chinesische Volk auf allen Gebieten des sozialistischen Aufbaus vorwärtsstürmt.

In der VR China halten die Arbeiter und Bauern die Macht in den Händen und verteidigen die Diktatur des Proletariats gegen alle äußeren und inneren Feinde. Denn nur dann, wenn es frei ist, weder unterdrückt noch ausgebeutet, kann das Volk seine große schöpferische Kraft wirklich entfalten und die Früchte seiner Arbeit und seines Schweißes genießen. Das Beispiel der VR China, „eines sozialistischen Staates der Diktatur des Proletariats", wie es im 1. Artikel der neuen Verfassung heißt, zeigt die große Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus und den Revisionismus, von denen sich der eine in der größten Krise seit den dreißiger Jahren befindet, während die revisionistischen Cliquen und die sowjetischen Sozialimperialisten in immer größere Schwierigkeiten geraten. **Die VR China dagegen stürmt auf allen Gebieten vorwärts.**

DIE BEZIEHUNGEN ZUR VR CHINA VERBESSERN!

Mit der Ausstellung in Köln zeigt die VR China ihren Wunsch, die Kontakte und Beziehungen zu unserem Volk und Land zu verbessern, insbesondere die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen. Wir begrüßen dies ohne Vorbehalte. Verstärkte und verbesserte Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der VR China dienen nicht nur der Förderung und Vertiefung der Freundschaft zwischen unseren beiden Völkern, sie bedeuten auch Beziehungen zu einem Land, das an der Spitze des Kampfes der Völker und Nationen gegen die beiden Supermächte, die sowjetischen Sozialimperialisten und die amerikanischen Imperialisten steht. Anders aber als etwa Frankreich, das gerade vom stellvertretenden Ministerpräsidenten der VR China, Genossen Deng Hsiao-ping besucht worden ist, entwickeln sich die Beziehungen zwischen unserem Land und der VR China äußerst schleppend. Zwar wurden die diplomatischen Beziehungen aufgenommen und die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen in gewisser Weise verstärkt, aber in diesem Jahr hat Bundeskanzler Schmidt provokativ kurzfristig einen schon längst abgesprochenen Besuch in der VR China abgesagt, als der Reisetermin schon feststand.

Darin spiegelt sich die Politik des nationalen Verrats der westdeutschen Imperialisten, die, wie es zuletzt die Nato-Tagung in Brüssel gezeigt hat und der Abschluß zahlreicher Verträge und Vereinbarungen mit den sowjetischen Sozialimperialisten, darunter solcher, die die Energieversorgung der Wirtschaft unseres Landes nicht nur von den amerikanischen Imperialisten, sondern auch von den Neuen Zaren im Kreml abhängig machen, ihre Verbindungen zu den beiden Supermächten und die Zusammenarbeit mit ihnen an die erste Stelle setzen. Dies ist sehr gefährlich für unser Volk, vor allem deshalb, weil hier in Europa der Schwerpunkt des Ringens der beiden Supermächte liegt und sie die Kriegsgefahr verschärfen. Vor allem die sowjetischen Sozialimperialisten rüsten hinter dem Rauchvorhang der Entspannung wie wahnsinnig auf, um die Länder Westeuropas zu überfallen.

Die VR China unterstützt daher alle Bestrebungen der Länder Westeuropas, sich gegen die beiden Supermächte zusammenzuschließen und hat dies gerade durch die Entsendung eines Botschafters zur EG gezeigt. Verbesserte Beziehungen mit diesem Land nützen unserem Volk und stärken die Front der Nationen und Völker gegen die zwei Supermächte.

Unsere Partei wird deshalb in NRW alle Anstrengungen unternehmen, um die Menschen dieser Region für den Besuch der Ausstellung in Köln zu gewinnen und die Errungenschaften des sozialistischen Aufbaus in China zu propagieren. Wie groß das Interesse an der Volksrepublik ist, zeigt allein die Tatsache, daß bei einem Literaturstand der Partei in Oberhausen innerhalb kurzer Zeit für über 70 DM Bücher aus der VR China verkauft werden konnten und drei Passanten mit der Partei zur Ausstellung nach Köln fahren wollen.

ES LEBE DIE VR CHINA, DAS BOLLWERK DER WELTREVOLUTION!

ES LEBE DIE FREUNDSCHAFT ZWISCHEN DEM DEUTSCHEN UND DEM CHINESISCHEN VOLK IM KAMPF GEGEN DIE BEIDEN SUPERMÄCHTE!

Erfolg für kommunistischen Lehrer

Hausverbot aufgehoben

Der Kampf gegen das drohende Berufsverbot an dem kommunistischen Lehrer Richard Droege in Rüsselsheim hat einen ersten Erfolg erzielt: Das Hausverbot wurde aufgehoben!

Die Schulbehörde fürchtete die Unruhe und die Diskussionen, die ihre Maßnahmen hervorgerufen hatten. So teilte sie auch die Aufhebung des Hausverbots nicht am Samstag, 31. 5. 75, mit, weil da eine Vollversammlung war. Erst am Montag, 2. 6. 75, erhielt der Genosse verspätet den Bescheid.

Der offensive Kampf, der von der Partei unterstützt wurde – die ROTE GARDE hatte Parolen gemalt: „Weg mit dem Hausverbot! Weg mit dem Berufsverbot!" – hat die Bourgeoisie gezwungen, den vorläufigen Rückzug anzutreten. Richard Droege erreichte auch eine Gegendarstellung in einer Tageszeitung. Gegen die Lügen von „Festnahme bei verbotener Demonstration in Frankfurt" schrieb er, daß er bei dem Trauerzug zu Ehren des Genossen Günter Routhier verhaftet wurde.

Jetzt gilt es, diesen Erfolg gegen neue Angriffe zu verteidigen und die Anstellung als Lehrer durchzusetzen. Mit Sicherheit wird die Behörde versuchen, den Genossen während der Schulferien zu entlassen. Dieser hinterhältige Plan muß durchkreuzt werden.

FÜR DIE SOFORTIGE ANBERAUMUNG EINER VOLLVERSAMMLUNG VOR DEN SCHULFERIEN!

WEG MIT DEM BERUFSVERBOT!

6. Juni 1935

Fiete Schulze ermordet



„Mag kommen was will, wir werden Sieger sein!" – Das waren die letzten Worte des Genossen Fiete Schulze vor dem bürgerlichen Klassengericht. Ohne die Spur eines Beweises wurde er dreimal zum Tode verurteilt und von den Hitlerschergen am 6. Juni 1935 ermordet. Wie sehr ihn die Bourgeoisie auch heute noch fürchtet, zeigte die Bestätigung des Naziurteils durch den Bundesgerichtshof 1974. Aber es ist ihr nicht gelungen, sein großes Ansehen in den Schmutz zu ziehen. Fiete Schulze stand auf den Barrikaden des Hamburger Aufstands, er steht vor uns als ein Beispiel für den Kampf gegen den Klassenstaat, als ein Vorbild für die Treue und Ergebenheit in die Sache der Arbeiterklasse, den Sozialismus.

Parteibüros der KPD/ML

BIELEFELD
Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr: 16.30-18.30, Sa: 9-13 Uhr.

BOCHUM
Dorstenerstr. 86. Öffnungszeiten: Mo-Fr: 17.30-19 Uhr Sa: 10-13 Uhr Tel.: 0234/ 51 15 37

BREMEN
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Mi: 16-19, Sa 9-13.

DORTMUND
Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231/ 41 13 56. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18 Uhr, Sa: 10-14 Uhr.

DUISBURG
Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 38. Öffnungszeiten: Mo., Mi., Fr. 16-18.30 Uhr, Sa.: 10-13 Uhr.

HAMBURG
Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040/ 43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

HANNOVER
Elisenstr. 20. Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30-19 Uhr, Sa 9-13 Uhr.

KIEL
Thälmann-Buchladen, Reeperbahn 13. Tel.: 0431 / 74 7 62. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13.

KÖLN
Köln-Kalk, Buchforststr. 105 b. Öffnungszeiten: Di und Do 17-19 Uhr, Sa: 9-13 Uhr

LÜBECK
Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

MANNHEIM
Lortzingstr. 5. Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17-18.30, Sa 9-13 Uhr

MÜNCHEN
Buchladen „Roter Morgen", 8 München 2, Thalkirchner Str. 19. Tel.: 089 / 77 51 79. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

MÜNSTER
Bernhard-Ernst-Str. 5 (im Hof). Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr

STUTTGART
Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

WESTBERLIN
Buchladen „Roter Morgen", 1 Berlin 65, Schererstr. 10. Tel.: 030 / 465 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

VERANSTALTUNGEN ZUR AUSSTELLUNG DER VR CHINA IN KÖLN:

Köln, Gaststätte „Beim Strüsgen", Tiboldgasse / Am Neumarkt.

Fotoausstellung: 16. 6. – 22. 6., 15 – 19 Uhr. Eröffnungsveranstaltung zur Fotoausstellung: 16. 6., 20 Uhr

Veranstaltung der Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus: mit Lichtbildvortrag, 20. 6., 20 Uhr.

PARTEIVERANSTALTUNG

HAMBURG
Kulturabend: „Revolutionäre Kunst im antifaschistischen Kampf". 21. 6., 19 – 21 Uhr, HH-Altona, Ölkersallee 5

CHINA-AUSSTELLUNG

Köln 13. – 25. Juni 1975



Im Umkreis von 250 km erteilt die Bundesbahn Fahrpreisermäßigungen für Besucher der Ausstellung